

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ »FLÜCHTLINGSKRISE« · »EUROKRISE« · »SYRIENKRISE« ...

Scherbenhaufen, wohin man blickt

»Europa zerfällt. Noch nicht das in der EU organisierte Europa mit seinen Institutionen, Gesetzessammlungen und Bürokratien – in rasender Geschwindigkeit verwittert das erträumte Europa, das nicht nur der Generation, die den Krieg er- und überlebte, Hoffnung und Leitstern war auf dem Weg in eine Zukunft der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands. Diesen Zielen sind die europäischen Völker noch nie so nahe gekommen wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Doch in den Höhen, in denen die Einigungsbewegung angelangt ist, scheint ihr Antrieb nicht mehr zu funktionieren. Unter den Kräften, die an ihr zerren, ist keine, die ihr Auftrieb gibt. Krisen haben den Einigungsprozess oft auf höhere Umlaufbahnen gehoben. Die Konfrontation mit der Migrationskrise könnte jedoch einen Absturz zur Folge haben, wie ihn das uneinig gewordene Europa noch nicht erlebt hat. Niemand weiß, wie viel Einheit danach noch übrig wäre.« (Berthold Kohler, FAZ, 25.1.2016)

Berthold Kohler, einer der Herausgeber der FAZ, schrieb diese Sätze in einem Kommentar auf Seite eins des Sprachrohrs der hiesigen Herrschenden. Die Alarmglocken werden geläutet.

Kohler hat bei seiner Diagnose vor allem Deutschland im Blick. Wenn er von «Wohlstand der Völker» spricht, kann er kaum Griechenland, Spanien, Portugal, Bulgarien oder Rumänien gemeint haben. Und bei einigen anderen (Slowenien, Kroatien, Lettland, Ungarn) ist sein Befund zumindest zweifelhaft.

Es geht ihm also um Deutschland in seinem Verhältnis zur EU, insbesondere um die Stellung des deutschen Kapitals, im bürgerlichen Sprachgebrauch der »deutschen Wirtschaft«. Für das deutsche Kapital ist die EU das Lebenselixier, da es ohne seine Exportmärkte, die überwiegend (2014: 58%) in der EU liegen, und Produktionsstätten in EU-Ländern (VW z.B. hat alleine 32 Produktionsstandorte in EU-Ländern außerhalb Deutschlands) nicht überleben kann. Das deutsche Industriekapital hat insbesondere nach der Weltwirtschaftskrise 2008/9 seine führende Rolle in der EU ausgebaut, weil es vom Euro, den durch Hartz IV gedeckelten Lohnkosten und seinem technologischen Vorsprung profitieren konnte. Das brachte Deutschland in die Position der führenden Nation innerhalb der EU und ließ viele Linke von einer vom deutschen Imperialismus beherrschten EU sprechen. Im Gegenzug fielen andere Ökonomie zurück.

In den Krisen der letzten Jahre wurde die deutsche Regierung unter Merkel zunehmend zur »europäischen Regierung«. Im Ukraine-Konflikt versuchte sie die unterschiedlichen Interessen innerhalb der EU (die Scharfmacher Polen, Estland, Lettland, Litauen gegen die mehr auf den Ausgleich mit Russland bedachten Frankreich, Italien)

und den Druck der USA in Richtung Bruch der EU mit Russland auszubalancieren. So unterstützte sie zwar die prowestliche Regierung der Ukraine, vermied aber den vollständigen Bruch mit Russland. In der Griechenland-Krise war es vor allem Merkel, die auf einer »Lösung« bestand, die Griechenland in der Eurozone hielt. Ihr Credo: »Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa« drückte und drückt die Furcht des deutschen Kapitals aus, dass ein Ausschluss Griechenlands aus dem Euro die ganze Eurozone auseinander brechen lassen könnte.

Wir schrieben im Sommer 2015, als sich die deutsche Regierung mit einem neuen Spardiktat für Griechenland durchsetzte, von einem »Pyrrhussieg« (also einem Sieg mit so hohen Verlusten, dass er wie eine Niederlage wirkt, siehe Arpo 3/4 2015). Die Bedenken, insbesondere in Frankreich und Italien, mussten gegen so viel innenpolitischen Widerstand in vielen EU-Ländern überwunden werden, dass absehbar war, dass sich Deutschland bei der nächsten Krise ungleich schwerer, wenn überhaupt durchsetzen würde.

Diese nächste Krise ist jetzt da, die »Migrationskrise«, wie Kohler sie nennt. Als im August letzten Jahres Ungarn die Grenzen gegenüber den Flüchtlingen schloss, handelte die deutsche Regierung ganz konsequent im Sinne einer europäischen Regierung und damit im Sinne des deutschen Kapitals: Es galt eine Kettenreaktion auf die ungarische Maßnahme zu verhindern, nämlich, dass ein Land nach dem andern Zäune baut und die Grenzen schließt. Damit wären der Binnenmarkt und der freie Waren- und Kapitalverkehr gefährdet, mithin die wichtigste Errungenschaft für das deutsche Kapital. Es drohte die Renationalisierung der EU, d.h. der Rückzug in einzelne Nationalstaaten. Es war also durchaus logisch, als Merkel darauf reagierte und ankündigte, dass Deutschland die Grenzen öffnen werde. Als heimliche EU-Regierungschefin dachte sie natürlich, dass die anderen Länder über kurz oder lang mitziehen würden, da auch sie kein Interesse an einem Zusammenbruch des Binnenmarktes und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen haben dürften.

Die Öffnung der Grenzen hatte also nichts mit plötzlich entdeckter Humanität zu tun. Staaten handeln nicht aus Gefühlsduselei, sondern aufgrund ihrer Interessen.

Der regierungsnahe Historiker Herfried Münkler drückt das in der »Zeit« (11.2.16) so aus: »Deutschland hat wirtschaftlich von der Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Europa ungemein profitiert, und es war und ist der Hauptnutznießer der Einigung des Kontinents. Erste Schätzungen besagen, dass die unmittelbaren Kosten nationaler Grenzregime für jedes größere EU-Land 10 Milliarden Euro pro Jahr betragen dürften. Das ist ein geringer Betrag mit den zu erwartenden Wohlstandseinbußen, die mittelfristig aus

dem dann unvermeidlichen Wiederaufleben eines wirtschaftlichen Protektionismus erwachsen würden. Die Gesamtkosten, die jetzt für die Unterbringung, Versorgung und Ertüchtigung der ins Land gekommenen Migranten anfallen, dürften ein Bruchteil dessen sein, was der Zusammenbruch des europäischen Marktes kostet – zumal dann, wenn in den europäischen Polemiken Deutschland als »der Schuldige« dafür dargestellt wird.«

Die EU wird führungslos...

Doch das Kalkül der Merkel-Regierung ging nicht auf. »Zu den bitteren Ergebnissen der Krise zählt, dass die meisten EU-Staaten nicht mehr der deutschen Führung folgen, die in der Euro-Krise noch murrend und knurrend (»deutsches Diktat«) akzeptiert worden war. Angela Merkel ist () zur einsamen Europäerin geworden.« (Kohler, ebenda)

Wenn aber die EU keine politisch bestimmende Regierung und kein gemeinsames Ziel mehr hat und jedes Land machen kann, was es will, und dies auch tut, dann wird die EU bedeutungslos auf der weltpolitischen Bühne. Ein US-amerikanischer Politologe, George Friedman, bringt das auf den Punkt: »Die Zukunft der EU ist sehr interessant, da sie jetzt keine bedeutenden Entscheidungen mehr treffen kann. () Ich glaube () nicht, dass die EU in naher Zukunft zusammenbrechen wird, doch bin ich überzeugt, dass sie bei allen wichtigen Themen immer mehr an Einfluss verliert. () Die EU wird auch weiterhin existieren und glücklich in der Bedeutungslosigkeit versinken.«¹

Klingt dies etwas schadenfroh, so macht sich ein anderer Friedman, Thomas L., außenpolitischer Korrespondent der New York Times, genau deswegen große Sorgen und rät Obama, das Nah-Ost-Drama so schnell wie möglich zu entschärfen, bevor es sich von einem riesigen humanitären Problem zu einem riesigen geostrategischen Problem auswachse, das Amerikas wichtigsten Verbündeten, die EU, in Stücke schlage. Die USA müssten sich darum kümmern, schließlich sei die EU sowas wie die Vereinigten Staaten von Europa, das zweite große Weltzentrum von Demokratie und ökonomischer Freiheit. Sie sei der erste Ansprechpartner der USA in Dingen wie Klimawandel, Umgang mit Iran und Russland sowie der Kontrolle der Unordnung in Nah-Mittel-Ost und Afrika. Die Partnerschaft mit der EU vergrößere die Macht der USA und wenn die EU gelähmt oder zersplittert sei, so müssten die USA viel mehr Dinge auf der Welt mit viel weniger Hilfe erledigen.²

Die Sicht des deutschen und eines Großteils des europäischen Kapitals, also die »deutsche Sicht«, formuliert Finanzminister Schäuble so: »Europäische Integration ist längst die Suche nach Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geworden. Diese Antworten wird kein einzelner europäischer Staat für sich allein finden können, selbst wenn er es wollte. Abschottung ist keine Lösung. (...) Abschottung wäre schon mit unserem Wirtschaftsmodell eines exportorientierten Landes und unseren Ansprüchen an eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu vereinbaren.« (FAZ, 25.1.2016)

... ist sie noch zu retten?

Während obiger George Friedman die Sache für verloren hält, müssen deutsche Kommentatoren und Politiker die

1 <http://www.euractiv.de/sections/eu-aussenpolitik/george-friedman-die-eu-ist-zunehmend-unzuverlaessig-und-unvorhersehbar> entnommen 27.1.2016

2 http://www.nytimes.com/2016/01/27/opinion/friends-and-refugees-in-need.html?emc=edit_th_20160127&nl=todaysheadlines&nid=23172847&_r=1 entnommen 27.1.2016

Lage anders sehen. Drei Problemfelder werden überwiegend genannt, die es zu bereinigen gelte:

- die Führungslosigkeit innerhalb der EU
- die Binnenwanderung innerhalb der EU;
- die Einwanderung in die EU.

Zum ersten Punkt sagt Kohler (a.a.O.) laut, was andere nur denken: man »müsste sich auf die alte Idee eines Kerneuropas besinnen, das den Stand der Integration bewahren und vorantreiben könnte. Das wäre ein Eingeständnis des Scheiterns.« Aber vielleicht würden so manche EU-Länder »endlich erkennen, was auf dem Spiel steht.« Also die Drohung mit einem Club der Reichen, der – unter deutscher und französischer Führung – die ärmeren Länder zu zweitklassigen Mitgliedern herabstufen würde. Das wäre tatsächlich das Scheitern der EU, denn die Reaktion und den Aufstand der anderen Länder, insbesondere der osteuropäischen, kann man sich unschwer ausmalen.

Zum zweiten Problem, der Binnenwanderung innerhalb der EU, spielt Großbritannien den Vorreiter. Dessen »Lösung« heißt Ausschluss der Migranten z.B. aus Rumänien und Bulgarien vom Sozialsystem des Einwanderungslandes. Schäuble findet den Ansatz richtig: Man müsse das Problem lösen, »wie ganz unterschiedliche Lebens- und Sozialstandards beziehungsweise wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit den Grundfreiheiten des gemeinsamen Marktes vereinbar gemacht werden können. Wenn das Kindergeld in Deutschland höher ist als der Durchschnittslohn in Rumänien, muss das zu Verwerfungen führen.« (ebenda) Also Reisefreiheit ja, Kindergeld und andere Sozialleistungen möglichst nicht oder erheblich weniger als für die Einheimischen.

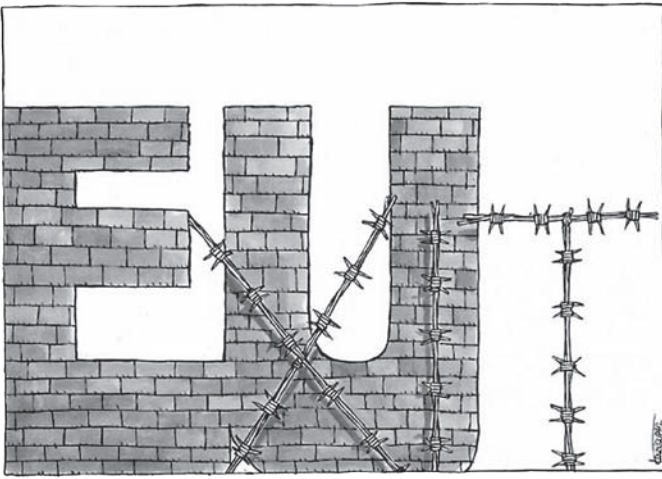
Zum dritten Punkt heißt das Zauberwort jetzt: »Sicherung der Außengrenzen«. Wenn man den Schengen-Raum und den Binnenmarkt für Waren und Güter aller Art aufrecht erhalten wolle, müsse man die EU-Außengrenzen dicht machen. Einen Vorschlag lieferte schon die österreichische Innenministerin Mikl-Leitner: Die griechische Marine solle die griechische EU-Grenze zur Türkei dicht machen. Offensichtlich stellt sie sich die griechische Inselwelt so vor wie die österreichischen Alpen. In den Niederlanden wird aktuell ein anderes Vorhaben vorbereitet: Es sollen Fährschiffe bereit gestellt werden, die die Flüchtlinge nach Ankunft auf den griechischen Inseln wieder in die Türkei zurück bringen.

INHALT · Heft Nr. 1 · 9. März 2016 · Jg. 57

Scherbenhaufen, wohin man blickt	1
Zur Aktualität von Umverteilungsforderungen	6
Aufruf: Dagegenhalten	6
Debatten um den Mindestlohn	10
Folgen der Profitproduktion: Das Elend in Gestalt der „Wirtschaftsflüchtlinge“ vor die Tür weisen	12
Theodor Bergmann: Kampfeslustig noch mit 100	15

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Besonders das letzte Beispiel zeigt: »Die Sicherung der Außengrenzen« kann nur militärisch, mit Gewalt, nötigenfalls mit Schusswaffen durchgesetzt werden. Denn was würden Tausende von geflüchteten Menschen auf Lesbos wohl machen, wenn man sie wieder auf die Fähren zurücktreiben und in der Türkei wieder ausladen würde?

Ähnliches gilt für die anderen Vorschläge, die aktuell diskutiert werden: Auffanglager, Transitzone, »Zurückführungen« nach Österreich, Slowenien, Griechenland, Italien usw.

Unterdessen verhandelt die Merkel-Regierung mit der Türkei. Nach ihren Vorstellungen soll die Türkei zum wichtigsten Partner bei der Begrenzung der Flüchtlingsströme werden. Die Menschen sollen dort in Lagern gesammelt werden und die EU will dann bestimmte Kontingente an »Schutzwürdigen« abnehmen und einreisen lassen. Geflüchteten wird dabei der Krieg der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten ignoriert. Auch dass die Türkei durch ihre direkte und indirekte Unterstützung von islamistischen Milizen am Konflikt in Syrien maßgeblich beteiligt ist und damit die Flüchtlingswelle aus Syrien mit verursacht, spielt keine Rolle. Von der »menschlichen Kanzlerin«, die die Flüchtlinge willkommen hieß, ist hier nichts zu sehen. Es geht deutlich um knallharte Interessenpolitik. Fast ist man versucht, an die Politik des deutschen Kaiserreichs im 1. Weltkrieg gegenüber dem Bündnispartner Osmanisches Reich zu denken. Damals wusste man von den Massakern an der armenischen Bevölkerung, schwieg aber dazu.

Die «Lösungen» werden reaktionär sein.

Die obig zitierten Lösungswege zeigen deutlich, dass, wie auch immer sie letztlich ausfallen werden, sie einen reaktionären Charakter tragen werden. Der Ausschluss aus den Sozialleistungen für EU-Migranten (zu denen sicher später noch Flüchtlinge von außerhalb kommen werden) hebt Grundrechte für bestimmte EU-Bürgergruppen auf. Die Sicherung der Außengrenzen kann nur mit Gewalt gegen die Flüchtlinge umgesetzt werden. AfD-PolitikerInnen sprechen das bereits aus.

Für Letzteres ist aber der größere Teil der Bevölkerung in Deutschland und auch der EU noch nicht zu haben. Es braucht dazu einen Stimmungswandel in der Bevölkerung, damit sich diese generell gegen Flüchtlinge wendet. Ob nun gesteuert oder nicht, dazu dienen z.B. die Vorkommnisse an Silvester in Köln und anderen Orten, die seither von täglichen Berichten über tatsächliche oder erfundene Delikte von Flüchtlingen gefüttert werden. Wenn die – vor allem moslemischen – Flüchtlinge generell in den Verdacht kommen, Vergewaltiger oder potentielle Terroristen zu sein, dann sind irgendwann auch härtere Maßnahmen an den Grenzen durchsetzbar.

Da der Merkel-Plan scheiterte, blieben nur einige Länder übrig, die überhaupt Flüchtlinge hineinließen. Als diese die Grenzen auch dicht machten, blieb letztlich nur noch Deutschland als Reiseziel und Aufnahmeland übrig. Merkels Satz: »Wir schaffen das!« hat sich innerhalb eines halben Jahres als undurchführbar erwiesen. Ihr Hinweis, dass Jordanien bei einer Bevölkerungszahl von drei Millionen 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe, hilft ihr dabei auch nicht weiter. In Jordanien (oder in anderen Nachbarländern Syriens) wird ein Großteil der Flüchtlinge in Zeltlagern untergebracht, die von der UNO versorgt werden. Dort leben sie unter Bedingungen, die zwar schlecht, aber nicht wesentlich schlechter sind als diejenigen, unter denen ein Großteil der einheimischen (armen) Bevölkerung auch lebt. Solche Lager mit diesen Bedingungen sind aber in Deutschland (bislang) nicht denkbar. Weil die Lebensumstände in diesen Lagern sich krass von den Lebensumständen der Mehrheit der Einheimischen unterscheiden würden, würden die Insassen zu fliehen versuchen. Die Regierung müsste solche Lager also wie Gefangenenlager organisieren, was sofort und zu Recht an Straf- und Konzentrationslager erinnern würde. Bis Januar 2015, als in Griechenland die Syriza-Regierung gewählt wurde, gab es in Griechenland genau solche Lager, die dann von der Syriza-Regierung aufgelöst wurden. Das war aber wenig bekannt und regte deshalb in Deutschland kaum jemanden auf. Das würde sich aber bei Lagern in Deutschland oder Österreich z.B. ändern. Deshalb denkt man jetzt in Mitteleuropa ja auch wieder an Lager in Griechenland.

Überforderung?

Hierzulande besteht deshalb (noch) der Anspruch, dass die Flüchtlinge vergleichbar mit dem Niveau der ärmeren Einheimischen menschenwürdig untergebracht und versorgt werden und nach Möglichkeit eine Integrationsperspektive bekommen sollen. Dass das bei einer Zuwanderung von einer Million Flüchtlingen pro Jahr alleine nach dem kapitalistischen Deutschland nicht klappen kann, ist aus mehreren Gründen offensichtlich.

Ein Problem sind schon mal die unterversorgten staatlichen Strukturen. Im Zuge der Globalisierung und der dadurch verschärften Standortkonkurrenz der Staaten, Länder und Gemeinden wurden einerseits die Unternehmenssteuern gesenkt, andererseits die staatlichen Organe »verschluckt«. »Schuldenbremse« und »schwarze Null« sind hier die Stichworte. Seien es Aufnahmezentren, Bürgermeisterämter, Landkreisverwaltungen usw., überall wurde ausgedünnt, so dass diese jetzt überfordert sind. Dasselbe gilt für die Polizei, die immer weniger in der Lage ist, kleinere kriminelle Delikte wie Diebstahl aufzuklären (die Aufklärungsquote liegt hier bei etwa 16%) oder vor Ort präsent zu sein, wie sich in der Silvesternacht in Köln zeigte.

Um diese Entwicklung zurück zu drehen, müssten die Einnahmen der öffentlichen Hände, insbesondere der Kommunen, erhöht werden, was wiederum die Standortbedingungen der »deutschen Wirtschaft«, also des Kapitals, verschlechtern würde. Dieses Rad lässt sich also gar nicht zurück drehen. Natürlich müssen wir anprangern, Forderungen stellen, Druck aufbauen (siehe den Artikel in dieser Ausgabe: »Zur Aktualität von Umverteilungsforderungen«). Es mag auch kleine Erfolge an der einen oder anderen Stelle geben. Aber wir müssen uns im Klaren sein, dass es letztlich um eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geht.

Das Wohnungsproblem ließe sich eventuell lösen, wenn man die ländlichen und strukturschwachen Gebiete mit

einbezieht, wo mehr Wohnraum als in den Ballungsgebieten vorhanden ist. Aber hier zeigt sich schon der Kernpunkt: Arbeitsplätze für die Flüchtlinge.

Zum einen sind die strukturschwachen ländlichen Gebiete ja deshalb strukturschwach, weil es dort keine Industrie gibt, die die Leute beschäftigen könnte. Und die Landwirtschaft baut Arbeitsplätze ab. Bleiben also die industriellen Ballungsräume. Dort sind aber die unqualifizierten oder wenig qualifizierten Jobs, für die ein Großteil der Flüchtlinge in Frage käme, kaum noch vorhanden. Die technologische Entwicklung hat sie beseitigt. Nicht umsonst sind in Deutschland offizielle 2,6 Millionen arbeitslos, viele davon wenig qualifiziert. Dazu kommen noch die Zehntausende von EU-Binnenmigranten aus niederkonkurrierten Ländern wie Griechenland oder Spanien oder den durch die Einführung des Kapitalismus ruinierten ehemaligen Ostblockstaaten wie Bulgarien und Rumänien. Alle kämpfen zusammen mit den weniger qualifizierten Einheimischen um dieselben Jobs.

Was aber passiert, wenn Hunderttausende von Migranten ohne Perspektive auf eine Integration in die Gesellschaft nur gerade so von Sozialhilfe leben, ist in Frankreich zu sehen. Dort haben sich rund um die Ballungszentren wie Paris Vororte (Banlieues) entwickelt mit einer überwiegend perspektivlosen, migrantischen Bevölkerung, in denen es so gut wie keine staatliche Ordnung mehr gibt.

Der mancherorts vorgetragene Vergleich, dass nach dem Krieg über 14 Millionen Flüchtlinge nach Westdeutschland kamen und integriert wurden, geht deshalb in die Irre. Nicht nur gab es damals einen großen Arbeitskräftebedarf, auch von Ungelernten oder Angelernten, sondern die Weltwirtschaft befand sich auch im Nachkriegsaufschwung und expandierte kräftig. Heute ist das Gegenteil der Fall: Die Weltwirtschaft stagniert mehr oder weniger, der Arbeitskräftebedarf konzentriert sich überwiegend auf qualifizierte oder hoch qualifizierte Fachkräfte.

Das bürgerlich-kapitalistische Wohlstandsdeutschland kann eine Million Flüchtlinge pro Jahr nicht aufnehmen und integrieren, wenn die Bevölkerung nicht teilen und verzichten will. Und das will sie freiwillig nicht. Willkommen und helfen ja, aber möglichst bei gleich bleibendem eigenem Wohlstandsniveau. Deshalb der Aufstand der CSU, bei vielen in der CDU und SPD, deshalb die zunehmenden fremdenfeindlichen, rassistischen Demonstrationen.

Da die Flüchtlingskrise also humanitär und menschenwürdig nicht lösbar ist, wird sie reaktionär und inhuman zwar nicht gelöst, aber bekämpft werden.

Lösungen?

In der »Jungen Welt« (30./31.01. 2016) äußert sich die ehemalige SPD-Abgeordnete Lale Akgün: *«Gerade im Milieu derjenigen, die in prekären Lebensverhältnissen leben, werden Konkurrenzängste gegenüber Migranten und Flüchtlingen geschürt und davon leben ja die Rechten. () Aber (deren) Argumentation wird aufgenommen, denn die Menschen haben Angst vor dem sozialen Abstieg, und ihnen wird eingeredet, daran seien die Fremden schuld. Dagegen hilft nur: Aufklären, aufklären, aufklären!«*

Es handele sich bei der Integration der Flüchtlinge im Prinzip also um eine Kopsache, denn es werde »geschürt« und »eingeredet«. Dagegen müsse man die richtigen Informationen setzen, indem man »aufklärt«. Das ist bestenfalls gut gemeint und passt zu einer Partei, die für das Ganze Mitverantwortung beansprucht.

Interessant ist, im Unterschied dazu, ein Dokument aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Resolution des Kongresses der Sozialistischen Internationale 1907, zu der

Frage der Einwanderung:» *Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsumtion der Arbeiter.()*

Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmeregelungen zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluss fremder Nationalitäten oder Rassen.()

Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und niedere Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter () erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel sie zu bekämpfen.«³

Hier, 1907, wurden sowohl Probleme für die einheimischen Beschäftigten anerkannt als auch die Verantwortung dafür dort verortet, wo sie hin gehört: Zum kapitalistischen System und denen, die davon profitieren, und nicht bei denen, die fliehen müssen, um zu überleben.

Wir müssen verstehen und in unserer Umgebung verständlich machen, dass die »Migrationskrise«, die Eurokrise, die Führungslosigkeit der EU usw. Folgen der kapitalistischen Entwicklung sind.

Die Erfolge der deutschen Exportindustrie in den letzten Jahren, also des deutschen Industriekapitals, das Wachstum der deutschen »Wirtschaft« in einem stagnierenden Markt haben zur Folge, dass die europäischen Konkurrenten verlieren, weniger wachsen. Das führt zum zunehmenden Zerfall der EU. Der Boden der EU ist nicht die Solidarität der westlichen »Wertegemeinschaft«, sondern die Profitwirtschaft und die Konkurrenz. Solange die Weltwirtschaft generell wuchs und alle teilnehmen konnten, konnten die Widersprüche übertüncht werden. Aber spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 wird das zunehmend schwieriger. Eine Zeitlang konnte der Exportmarkt China noch ausgleichen, aber das kommt jetzt auch ans Ende. Die Zentralbanken versuchen die Wachstumsschwäche mit einer »Politik des billigen Geldes« zu bekämpfen. Dies erleichtert den einzelnen Staaten, sich zu verschulden und die fehlende Nachfrage zum Teil auszugleichen. Wie lange das noch funktionieren wird, ist nicht vorhersehbar.

Auch die »Migrationskrise« ist eine Folge der kapitalistischen Entwicklung. Der »arabische Frühling« brach nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008/09 aus, weil die Massen in der arabischen Welt keine befriedigende Lebensperspektive mehr hatten und haben. Der Hintergrund

³ zitiert nach »Junge Welt«, 30./31. 1.2016. (Es folgen Forderungen wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung etc.) In der Zeit um den Kongress 1907 (August in Stuttgart) hatte die Wanderung der Arbeiter durch Europa und in den USA gerade für die sozialdemokratischen Parteien Bedeutung, weil diese Träger des Internationalismus-Gedankens waren. Diese Arbeiter hatten erlebt, dass das Kapital sie in allen Ländern gleichartig ausbeutete, dass sie als Klasse einen gemeinsamen Gegner hatten. Große Arbeitskämpfe wurden im Deutschen Reich mit Unterstützung ausländischer Arbeiter geführt, das Klassenbewusstsein wurde international begriffen. Zugleich keimte in dieser Hochphase des Imperialismus die Kriegsgefahr auf, dass Chauvinismus und Nationalismus sich breit machten. Lenin, Luxemburg und Martow setzten in der Abschluss-Resolution einen Zusatz durch, der für den Fall eines Krieges ein einheitliches Verhalten aller Arbeiter über die Ländergrenzen hinaus verlangte, der also für den Fall nationaler Konfrontation am proletarischen Internationalismus festhielt.



Mehr als 7.000 Menschen auf der Flucht leben unter katastrophalen Bedingungen im sogenannten Dschungel von Calais. Sie hoffen, oft unter Einsatz des eigenen Lebens, durch den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen.

Das Camp ist Symbol für die nationale Abschottungspolitik, die zunehmenden Spannungen in der EU sowie das Fehlen jeglicher moralischer Grundsätze, die in Erklärungen und Reden so gern beschworen werden.

des syrischen Bürgerkriegs war der Niedergang der syrischen Wirtschaft im Zuge der Globalisierung nach 1990 (Niedergang der Staatsindustrie, Privatisierung auf Druck des IWF) und einer für die Landwirtschaft katastrophalen Dürre. Die brutale Niederschlagung des «arabischen Frühlings» in den meisten Ländern lässt vielen nur noch die Fluchtperspektive in das aus ihrer Sicht reiche Europa.

EU-feindlicher Kräfte, die in der krisenhaften Entwicklung nach dem Motto verfahren: Rette sich, wer kann.

Die militärische Zerschlagung der politisch stabilen, aber ökonomisch geschwächten Regimes im Irak, in Libyen gab auch diesen Ländern keine Perspektive eines Anschlusses an eine prosperierende Weltwirtschaft, sondern nur den Zerfall und die Verelendung, da der Weltmarkt bereits übervoll ist mit den Waren aus den USA, Europa, Japan und China. Was bleibt, ist Auswanderung, Migration. Sie ist auf profitwirtschaftlicher Grundlage nicht zu stoppen. Fluchtursachen sind nicht Schleuser, unkontrollierte Fluchtwege usw., die entscheidende Fluchtursache ist die Profitwirtschaft. (siehe dazu: Arbeiterpolitik 5/6 2015, besonders S.8f; siehe auch »Das Elend in Gestalt der ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ vor die Tür weisen« in dieser Ausgabe.)

In dieser Renationalisierung ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse kein Blumentopf zu gewinnen. Sie würde nur zum Mitläufer ihrer jeweils eigenen herrschenden Klasse. Und in den meisten Ländern ist sie das ja auch. Die Fahne einer zerfallenden EU aufrecht zu erhalten, wie das die deutschen Gewerkschaften tun, ist nur die Kehrseite davon. Denn die EU ist die Lebensgrundlage des wachsenden deutschen Kapitals und dessen Wachstum soll durch die Standortpolitik gefördert werden. Unsere Perspektive kann nicht sein, uns am Niederkonkurrieren der ausländischen Konkurrenten zu beteiligen. Wenn wir nicht auf die Profitwirtschaft generell und auf die Konkurrenz und deren Überwindung zu sprechen kommen, sollten wir lieber nichts sagen.

Rechtsentwicklung

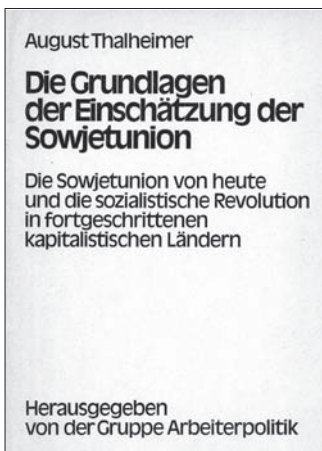
Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, geht die politische Entwicklung in allen Ländern nach rechts. Das heißt auf EU-Ebene eine Zunahme nationalistischer bis

Dasselbe gilt auch für die «Migrationskrise». Natürlich müssen wir den reaktionären Entwicklungen im Innern entgegen treten, auch der in der Vorbereitung befindlichen militärischen Sicherung der Außengrenzen. Natürlich müssen wir solidarisch sein, denn der Abbau der Rechte für Migranten, deren Diskriminierung werden auch uns treffen. Aber wir müssen uns im Klaren sein, dass wir damit das Problem nicht lösen können, dass wir nur Pflaster auflegen, aber nicht heilen können. **Am politischen Kampf gegen die Profitwirtschaft führt kein Weg vorbei.**



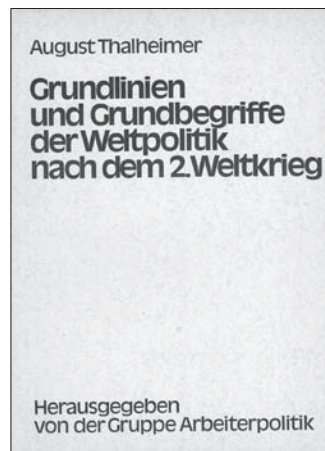
Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Zur Aktualität von Umverteilungsforderungen

In den Teilen der Flüchtlingsunterstützerszene, die nicht allein humanitäre Ziele verfolgen, sondern die politische Auseinandersetzung über die sozialen Probleme in dieser Gesellschaft führen wollen, wird auch über Umverteilung als notwendige Voraussetzung zur Lösung der sich stellenden Fragen diskutiert. Auch wenn es in Deutschland im Vergleich zu den meisten Mitgliedstaaten der EU noch gemäßigt aussieht: Seit Jahrzehnten bestehen hohe Arbeitslosigkeit und Mangel an Ausbildungsplätzen, werden prekäre und niedrig entlohnte Arbeitsplätze geschaffen. Der soziale Wohnungsbau ist faktisch eingestellt, bezahlbare Unterkünfte sind immer schwieriger zu ergattern. Das Bildungssystem leidet unter Lehrermangel, zu großen Klassen, zu geringer Durchlässigkeit für höhere Schulabschlüsse und nicht zuletzt materiell an dem schlechten Zustand der Einrichtungen und der Unterversorgung mit Lernmaterialien. Die öffentlichen, insbesondere die kommunalen Haushalte sind geplündert durch Ausgaben für wachsende Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge einerseits, Unterfinanzierung durch eine die Unternehmen und großen Vermögen schonende (»entlastende«) Steuerpolitik. Gleichzeitig werden die Lohnabhängigen, ob erwerbstätig oder erwerbslos, durch hohe Steuern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer), einseitige Zusatzbelastungen in den Sozialversicherungen (Abkehr von der »paritätischen« Beitragszahlung) und andere Sozialabbaumaßnahmen immer stärker herangezogen.

All diese Probleme wurden erkennbar nicht von der seit Herbst 2015 angestiegenen Zuwanderung von Menschen

aus Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens verursacht. Diese Bewegungen machen lediglich die bestehenden gesellschaftlichen Defizite noch klarer sichtbar.

Unter »Lösung der sich stellenden Fragen« verstehen wir im Zusammenhang dieses Artikels die kurz- oder mittelfristig wirksame Behebung unmittelbarer Nöte wie etwa die Versorgung mit Wohnraum, Sprachkenntnissen und Erwerbseinkommen. »Umverteilung« ist in diesem Verständnis eine richtige, aber nicht hinreichende Forderung zur Finanzierung der sozialen Absicherung und Integration. Sie ist auch eine Form des Klassenkampfes.

Die Verteilung der Steuerlasten

Kapitalistische Unternehmen wollen und müssen die Arbeitskraft, die sie benötigen, zu möglichst geringen Kosten (Löhne, Sozialbeiträge) beschäftigen. Steuern sind für das Kapital Abzug vom Gewinn, auch dann, wenn sie zur Finanzierung ökonomisch nutzbarer Strukturen und anderer gesellschaftlich notwendigen Leistungen verwendet werden. Von Regierung, Verwaltung und Kommunen verlangen die Unternehmenslobbyisten daher, auf gleiche Weise zu wirtschaften, also Personal zu möglichst geringen Entgelten zu beschäftigen und Sozialleistungen auf das Notwendigste zu begrenzen. Staatsapparat und öffentliche Dienstleistungen sollen möglichst wenig kosten, aber als wirksame Instrumente im Klassenkampf gegen die Lohnabhängigen zur Verfügung stehen. Wie weit die Kapitalisten

Dagegenhalten!

Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis rufen auf, NEIN zu einer Verschärfung der Zuwanderungsdebatte zu sagen

Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass sich der Ton in der Zuwanderungsdebatte verschärft. Politik und Parteien erwecken mit ihrer Rhetorik den Eindruck, bei der gegenwärtigen Zuwanderung handle es sich um über uns hereinbrechende »Katastrophen«, »Krisen« und »Wellen«. Und diese seien nur beherrschbar durch Obergrenzen, Kontingente, Abschiebungen und eine Verschärfung des Asylrechtes. Als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Main-Kinzig-Kreis stellen wir uns gegen diese Diskussion und werben für andere Antworten.

Menschen auf der Flucht

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht. Fast 60 Millionen fliehen vor den Auswirkungen von Krieg, Verfolgung oder Hunger. Etwa zwei Drittel von ihnen sind Binnenvertriebene, die Schutz im eigenen Land suchen. Die anderen haben sich auf den Weg ins Ausland gemacht, etwa 1,5 Millionen auf den gefährlichen Weg nach Europa. Ihre Flucht nahm in dem Moment zu, als das Flüchtlingswerk der UN die Lebensmittelrationen in den Flüchtlingscamps kürzen musste, weil die Weltgemeinschaft zwar in Kriege und Rüstung investiert, nicht aber in die Versorgung und Unterbringung von Menschen auf der Flucht.

Wir sagen: Wer die Flucht eindämmen will, der darf nicht Krieg führen, sondern muss die vom Krieg zerstörten Länder wieder aufbauen und in Perspektiven für Menschen investieren!

Ende der Belastbarkeit erreicht?

Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte zeigt: Es gibt keine natürliche Grenze der Belastbarkeit in einer Gesellschaft. Die Integration der zehn Millionen Flüchtlinge in das stark zerstörte Nachkriegsdeutschland ist genauso gelungen wie die Integration der fast zwei Millionen Spätaussiedler, die Anfang der 90er Jahre in die Bundesrepublik kamen. Sie erhielten Eingliederungshilfen, Sprach- und Bildungsangebote. Ihre Integration gilt deshalb heute als Erfolgsgeschichte. Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland ist etwa 30 Prozent höher als das des gesamten afrikanischen Kontinents. Und selbst wenn alle Flüchtlinge dieser Welt nach Deutschland kämen, hätten wir immer noch eine geringere Einwohnerdichte als Südkorea, Belgien oder die Niederlande. Wer vor diesem Hintergrund von einem Ende der Belastbarkeit spricht, der will nur Stimmung machen!

Wir sagen: Es gibt keine natürliche Aufnahmegrenze einer Gesellschaft, sondern immer nur den politischen Willen, deshalb stehen Politik und Medien in einer besonderen Verantwortung!

bereit sind, diese Grundforderungen gegen Vorteile des »sozialen Friedens«, also Verständigung mit Gewerkschaften, Parteien und sozialen Organisationen der Zivilgesellschaft aufzurechnen, ergibt sich aus der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen, Branchen und Länder und der allgemeinen Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft.

Grundsätzlich stammen alle Steuermittel aus der Mehrwertproduktion. Im Ursprung verteilen sie sich auf Mehrwert (Unternehmergewinn) und variables Kapital (Arbeitseinkommen). Über den Mehrwert verfügt allein die Produktionsmittel besitzende Klasse. Deren Vertretern ist es gelungen, im Verlauf der letzten Jahrzehnte einen immer größer werdenden Teil der Kosten ihres Staatsapparates und der öffentlichen Dienste auf die lohnabhängige Bevölkerung abzuladen. Umsatz- und Verbrauchsteuern (u. a. auf Kaffee, Tabak, Energie) machten 2010 51,8 % des Steueraufkommens aus. Man nennt sie auch »Massensteuern«, weil sie von den breiten Massen getragen werden müssen und deren alltäglichen Verbrauch verteuern. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums nahm die Lohn- und Einkommensteuer im Jahre 2010 34,1 % des Gesamtsteueraufkommens ein. Für das gleiche Jahr gibt das Statistische Bundesamt folgende weitere Differenzierung dieser Steuerart an: nichtselbständige Arbeit 76 %, Gewerbebetrieb 10 %, selbständige Arbeit 6 %, Kapitalvermögen 1 %, Rest Übrige.

Bei der Lohn- und Einkommensteuer entfällt etwas weniger als die Hälfte auf Lohneinkommen unter 60.000 € im Jahr. Das ist die große Masse der Lohnabhängigen. Nimmt man an, dass 90 % der Verbrauchsteuern und ca. 46 % der Einkommensteuern von diesen erbracht werden müssen, kommt man zu dem Ergebnis, daß nahezu zwei Drittel des

Steueraufkommens von ihnen getragen werden, während das Kapital und die Reichen für ihren Staat nur noch ein Drittel aufwenden. Die Steuern jedoch, die die besitzende Klasse zahlt, stammen nicht aus ihrer eigenen »Leistung«. Sie kommen als Teil des Mehrwertes aus der Aneignung unbezahlter Arbeit der Lohnabhängigen. Besonders stark gesenkt wurde die Körperschaftsteuer, die Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften. Während sie 1950 immerhin noch 10 % zum Steuerergebnis beitrug, waren es 2014 nur noch 3,1 %.

Diese Abwälzung der Steuerlasten führte jedoch nicht nur zur Entlastung der herrschenden Klassen, sondern auch zur Plünderung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen, die durch Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in prekären, schlecht abgesicherten Arbeitsverhältnissen verstärkt wurde. In Zeiten, in denen der Sozialstaat besonders gefordert wird, ist er dazu immer weniger in der Lage. Die Staatsverschuldung liegt im Interesse einflussreicher Teile des Kapitals, insbesondere des Finanzkapitals und der Besitzer großer Geldvermögen. Die Banken verdienen an den Krediten, die sie dem Staat geben, und auch am Handel mit Staatspapieren. Die zu zahlenden Zinsen müssen aus Steuermitteln aufgebracht werden. Im Bundeshaushalt 2015 stehen Zinsen mit 24,4 Mrd. € als drittgrößter Posten – sicheres Geld für die Banken. Der Handlungsspielraum der Politik wird durch die Zinslast eingegrenzt und der direkte Einfluß des Finanzkapitals auf den Staat nimmt zu. Die Schranke für dieses Interesse besteht lediglich darin, dass die Verschuldung nicht bis zur Handlungsunfähigkeit des Staates ausufern darf (gegenwärtig betrachten »die Finanzmärkte« eine Schuldenlast bis zur Höhe von 120 % des BIP als »optimal« für sichere Zahlung der Zinsen). Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit,

Eine Krise der sozialen Gerechtigkeit

Für uns gibt es keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Die aktuelle Zuwanderung macht die Defizite unserer Gesellschaft sichtbar, die schon seit Jahren bestehen. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, an ausreichend Personal, an fairen Bildungschancen und an gut bezahlten Jobs. Jetzt zeigt sich: Es war ein Fehler, die Kommunen immer weiter zu verschlanken und nicht ausreichend auszustatten. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Politik, die Reiche und Superreiche immer stärker entlastete, allen anderen immer tiefer in die Tasche griff. Was wir brauchen ist ein Investitionsprogramm, das unsere Schulen saniert und bezahlbaren Wohnraum schafft. Gleichzeitig braucht es ein breit angelegtes Arbeitsmarktprogramm, damit nicht Zuwanderer und Langzeitarbeitslose im unteren Helfersegment um die schlechtesten Jobs konkurrieren müssen. Außerdem muss der Mindestlohn für alle gelten!

Wir sagen: Wer von Obergrenzen und Kontingenten redet, der will nur davon ablenken, dass die öffentlichen Kassen geplündert wurden. Nicht Flüchtlinge sind eine Belastung der öffentlichen Kassen, sondern die Reichen und Superreichen, die keine Steuern zahlen. Deshalb brauchen wir wieder eine Vermögensteuer, eine Erbschaftssteuer, die diesen Namen auch verdient, und die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht.

Für eine soziale und nachhaltige Politik

Die AfD ist aktuellen Umfragen zufolge gegenwärtig die drittstärkste Kraft in Hessen. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer öffentlich geführten Diskussion, die auf rechtspopulistische Impulse setzt, anstatt im Interesse aller soziale Antworten auf die Ängste der Menschen zu geben. Diese Stimmung der Entsolidarisierung und Verschärfung schadet der gesamten Gesellschaft, sie schadet aber vor allem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn die Kollegen im Betrieb nicht zusammenstehen, dann profitiert vor allem der Chef davon. Zudem ist die AfD gefährlich. Säße sie im Parlament, wären die Leidtragenden ihrer Politik in erster Linie die Arbeitnehmer. Wenn es nach ihr ginge, würde der Spitzensteuersatz weiter gesenkt und staatliche Aufgaben auf ein Minimum reduziert werden. Die AfD ist klar gegen den Mindestlohn und damit für die Ausweitung des Niedriglohnsektors.

Wir sagen: Statt Ausgrenzung und Gesetzesverschärfungen brauchen wir eine Politik, die sich in die öffentliche Debatte einmischt, die dagegen hält und die soziale Frage wieder offensiv stellt.

Ulrike Eifler, Geschäftsführerin des DGB Südosthessen; Angelika Kappe, Geschäftsführerin ver.di Hanau und ver.di Osthessen; Robert Weissenbrunner, IGM Hanau-Fulda

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen, den Aufruf zu unterzeichnen. Rückmeldungen bitte an: ulrike.eifler@dgb.de

ob im Einzelfall begründet oder vorgeschoben, führt dann zur Debatte über »Austeritätsmaßnahmen«.

Vermutlich muss der Bund mittelfristig etwa jeden zwölften Euro für den Zinsdienst aufwenden – also Geld aufbringen, das durch den Schornstein raucht, ohne dass damit auch nur ein einziger Euro des Schuldenberges abgebaut würde. Deswegen ist es richtig, die Schulden zurückzufahren (freilich nicht im Sinne und in der Wirkung staatlicher »Schuldenbremsenverordnung«). Daraus ergibt sich die verteilungspolitische Frage, wer dafür aufkommen muss: die Lohnabhängigen durch Erhöhung der Lohn und Massensteuern oder das Kapital durch (Wieder-) Einführung entsprechender Gewinn- und Vermögenbesteuerung. Aus unserer Sicht kann nur letzteres richtig sein.

Das Ausmaß der Ungleichverteilung

Die Politiker der Volksparteien zusammen mit den Vertretern der Kapitalistenverbände erklären, dass der Kuchen erst dann verteilt werden kann, wenn er erwirtschaftet ist. Das bringen angeblich nur die sogenannten »Leistungsträger«. Diese seien in erster Linie die Kapitalisten (Kapitaleigner, Spitzenmanager, Einzelunternehmer), also diejenigen, die über das Eigentum an Produktionsmitteln verfügen. Dann folgen mit großem Abstand weitere Leitungs-, Spezial- und Fachkräfte, eben diejenigen, die in besonderer Weise an der Profitproduktion mitwirken. Die Ansprüche der Masse der ArbeiterInnen, Angestellten und Erwerbslosen sind aus dieser Sicht soweit zu bedienen, dass sie loyal zum Kapitalismus stehen, aber auch soweit zu begrenzen, daß sie die Profite und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen nicht gefährden. Vielfältige Spaltungen in der Klasse der Lohnabhängigen dienen diesen Zielen. Es war die klare Ansage der SPD/Grüne-Koalition unter Schröder, dass mit der Hartzgesetzgebung der Jahre 2003/4 ein breiter Niedriglohnsektor geschaffen und die Versorgung der Erwerbslosen auf ein Fürsorgeniveau gesenkt werden sollte. Das ist »gelungen«. Die soziale Differenzierung in Deutschland hat unter dieser Regierung -auch mit Kooperation der Gewerkschaftsvorstände- einen gewaltigen Sprung gemacht.

Diese Politik, deren Grundlagen die kapitalistische Mehrwertproduktion und Akkumulation sind, ist auch im internationalen Rahmen zu sehen. Hier gibt es z. B. die Vorgaben des Washington Consensus, der seinen Namen von einer Konferenz 1990 in der Hauptstadt der USA hat. Hier wurde in Reaktion auf die sogenannte Schuldenkrise großer lateinamerikanischer Staaten ein Instrumentarium entwickelt, anhand dessen solchen Schuldner »Strukturpassungsprogramme« unter Leitung des IWF und der Weltbank aufgedrückt werden sollten. Im wesentlichen enthalten sie Maßnahmen einer angebots-, freihandels- und exportorientierten Wirtschaftspolitik. Sie laufen darauf hinaus, den Staatshaushalt zu kürzen, Märkte und Preise zu deregulieren (was oft auch die Abschaffung von Preissubventionen für Grundbedarfsartikel bedeutete), Handelsbeschränkungen und -kontrollen abzubauen, öffentliche Unternehmen und Einrichtungen zu privatisieren u. v. m.

Dieses auch unter dem Stichwort »Neoliberalismus« bekanntgewordene Instrumentarium gab dann das Vorbild für Angriffe der herrschenden Klassen überall auf der Welt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Mit diesen Mitteln wurden in den achtziger und neunziger Jahren die Schwächung und Auflösung der Sowjetunion vorangetrieben, die osteuropäischen Staaten in den Einflussbereich der EU gezogen und Jugoslawien zerschlagen. Mit dieser Ausrichtung wurde die Konstruktion des Euro mit den Maastricht-Kriterien geschaffen. Die Auswirkungen davon sind nicht nur in Griechenland zu

besichtigen (hierzu berichten wir in der Arbeiterpolitik seit 2012). Auch die gegenwärtigen Verhandlungen um die großen, jeweils mehrere Kontinente umfassenden Freihandelsverträge TTIP, CETA, TISA, TPP etc. sind davon geprägt (Arbeiterpolitik Nr. 1/2 2015).

»Das Wirtschaftswachstum und die beachtlichen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre kamen fast ausschließlich Unternehmern und Reichen zugute«, stellte das Bündnis »umfairteilen« für Deutschland im Jahre 2013 fest. Es handelt sich hierbei um einen Zusammenschluss verschiedener Organisationen im Vorfeld des letzten Bundestagswahlkampfes: Gewerkschaft ver.di, Attac, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (»Memorandumgruppe«), Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe u. a. Die aktuelle Vermögensverteilung ergibt folgendes Bild: »Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich infolgedessen immer weiter geöffnet: Das Einkommen der ärmeren Schichten sank von 2000 bis 2009 um bis zu 6,9 Prozent, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 13,4 Prozent hinzu gewann und die Allerreichsten noch deutlich mehr. ... Das Vermögen ist noch viel ungleicher verteilt als das Einkommen. Zwar hat sich das gesamte Privatvermögen in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt auf gigantische 10 Billionen Euro – fast fünf Mal so hoch wie die gesamten öffentlichen Schulden in Deutschland. Doch dieser Reichtum gehört größtenteils einer kleinen Minderheit: Das reichste 1 Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unterm Strich Schulden: ihr gehört zusammengenommen ein einziges Prozent vom Gesamtvermögen. 1998 waren es noch – schon damals kümmerliche – vier Prozent.«

Aufschlussreich hierzu sind auch die Armutsberichte der Bundesregierung, die in den Jahren 2001, 2005, 2008 und 2013 veröffentlicht wurden. Für diese ist jedoch kennzeichnend, daß man über die Armen fast alles, über die Reichen jedoch nichts erfährt. Eine grundlegende Erkenntnis darüber, woher Reichtum stammt, wird damit verborgen. Bertolt Brecht fasste sie in ein Gedicht: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wäre ich nicht arm, wärest du nicht reich.«

Gesellschaftliche Defizite: z.B. Wohnungsmarkt

»Flüchtlinge schaffen keine gesellschaftlichen Defizite, sie machen sie nur sichtbar.« Diese in einer Presseerklärung des DGB Südosthessen vom Dezember 2015 getroffene Feststellung hält fest, dass sich in dieser Gesellschaft nicht erst mit der verschärften Zuwanderung von Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens Probleme in der Grundversorgung mit Wohnraum, Arbeitseinkommen, Bildungseinrichtungen etc. ergeben, sondern schon lange auch für die hier längst ansässigen Menschen bestehen. Die Erklärung bringt die Überzeugung zum Ausdruck, dass eine Lösung nur durch konsequente Umverteilung, etwa »über eine Besteuerung von Vermögen« möglich ist.

Der Wohnungsmarkt ist ein Beispiel dafür. Die Zahl der bezahlbaren Wohnungen hat drastisch abgenommen. Noch 2002 gab es in Deutschland einen Bestand von 6 Mio. Sozialwohnungen. Seitdem ist es in einer wahren Privatisierungssorgie, für die die bürgerliche Politik den Rahmen geschaffen hatte, dazu gekommen, daß heute nur noch 1,4 Mio. davon übrig geblieben sind. Die Immobilienkonzerne werden immer größer und bieten sich gegenseitig Übernahmeschlachten. So will der größte davon, Vonovia, den zweitgrößten, Deutsche Wohnen, schlucken. Das Bundeskartellamt hat die Übernahme genehmigt, und zwar ohne



Auflagen. Vonovia war erst im Dezember 2014 aus der Fusion von Deutsche Annington und Gagfah hervorgegangen. Die Immobiliengesellschaft verfügt derzeit über rund 367.000 Wohnungen, Deutsche Wohnen hat etwa 147.000 Wohnungen in ihrem Besitz. Gelingt die Übernahme, entsteht also ein Konzern mit rund einer halben Million Wohnungen.

Ein rascher Wohnungsneubau ist nicht das Ziel solcher Fusionen, sondern Konzentration und Marktberingung. Bürgerliche Politik sieht dem Treiben zu. In vielen Kommunen wird gerade auf privaten Wohnungsbau gesetzt, um Unterkünfte von gehobener Preisklasse für ebensolche Menschen zu bekommen. Diese sollen Kaufkraft in die Städte bringen. Auf der anderen Seite wird der soziale Wohnungsbau zurückgefahren, denn erstens ist dafür kein Geld mehr übrig, und zweitens möchte man Menschen mit geringen Einkommen offenbar aus dem Blickfeld haben und in Randgebiete verdrängen. In Hanau hätten ca. 14.500 Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung. Von diesen gibt es aber gegenwärtig in der Stadt nur noch ca. 2.200. Dennoch werden bezahlbare Wohnungen abgerissen oder renoviert und zu höheren Preisen vermietet, Neubauten überwiegend frei finanziert, also teuer vermietet oder als Eigentumswohnungen verkauft. Die Ziele solcher Politik finden ihren Ausdruck in Bemerkungen seitens der sozialdemokratisch-grünen Stadtspitze, dass die guten Wohnlagen in der Innenstadt Menschen mit ordentlichen Einkommen vorbehalten bleiben sollen und nicht etwa denen, die von Niedriglöhnen und Transferleistungen leben müssen.

Da dieser Kahlschlag schon so lange läuft, sind viele Kommunen auf die aktuelle Zuwanderung nicht vorbereitet und beklagen »Überforderung«. Nun ist zwar Hanau ein Beispiel für die ärmeren Städte, und die Zustände sind regional und in einzelnen Kommunen unterschiedlich. Auch geht es nicht nur um den bloßen Mangel an Wohnungen, sondern auch um physischen Leerstand, der nur wegen Eigentumsvorbehalt nicht zur Verfügung steht. Aber die Klagen der Kämmerer sind die überwiegende Tonlage. Sie werden auch genutzt, um unmissverständlich eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu verlangen. In den einzelnen Themen gehen die Forderungen inhaltlich in die richtige Richtung. Die Kommunen sind im Staatsaufbau die Ebene, die für die Basisversorgung der Bevölkerung mit gesellschaftlichen Dienstleistungen zuständig ist. Also fordern sie bspw. LehrerInnen für 300.000 SchülerInnen, 20.000 ErzieherInnen an 100.000 neuzuschaffenden Kitaplätzen, den Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr. Diese Zahlen gelten

jedoch nur für den akuten Bedarf der Flüchtlinge, der in der Gesamtgesellschaft aufgelaufene Rückstau ist darin noch nicht ausgedrückt.

Solange die Kommunen eine Erhöhung von Mittelzuweisungen an ihre Ebene fordern, jedoch nicht die klassenspezifisch organisierte Ungleichverteilung der Steuerlasten angreifen, gehen ihre Forderungen an zentralen Fragen vorbei. Der rechtspopulistischen Agitation, die darauf zielt, dass »den Deutschen« die Lasten aufgedrückt werden, damit MigrantInnen hier ein schönes Leben hätten, können sie damit allein nicht den Boden entziehen. Sie lösen nicht grundsätzlich die Probleme, mit denen einkommenschwache Schichten zu kämpfen haben, sondern verteilen ihre Finanzierung anders zwischen den Ebenen staatlicher und kommunaler Politik. Soweit damit eine andere Ausgabenverteilung erzielt wird, sind ihre Wirkungen letztlich doch überschaubar und gegen Rückholeffekte nicht gefeit, wie etwa die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Kommunen um die Kostendeckung von Hartz IV zeigen.

Fragen zur Mobilisierung

Eine »Willkommenskultur«, wie wir sie seit August 2015 erleben, mit der weitgehend noch anhaltenden Welle humanitären, ehrenamtlichen Engagements ist erst einmal ein politischer Faktor, der eine gegenüber früheren Zeiten veränderte Stimmungslage zum Ausdruck bringt und auch der herrschenden Politik Zugeständnisse abverlangt. Das reicht jedoch bei weitem nicht aus, um rechtspopulistische Tendenzen und Organisationen wie PEGIDA und AfD in Schach zu halten, stachelt diese unfreiwillig womöglich noch auf. Hierauf gründen sich wiederum Debatten über »Obergrenzen« bzw. »Orientierungslinien« zur »Eindämmung« der Flüchtlingszuwanderung, gesteuert v. a. aus der CSU, aber mit Widerhall über die CDU bis in die SPD. In die gleiche Richtung gehen auch viele öffentliche und mediale Reaktionen auf die Silvestereignisse in Köln und anderen Städten. Dass sexistische Gewalt, von wem auch immer, nicht geduldet werden kann, bedarf keiner weiteren Erklärung. Das gilt aber auch für die demagogische Instrumentalisierung der Vorgänge zur Verschärfung der Flüchtlingsdebatte, in der Migranten unter Generalverdacht und Sonderrecht gestellt werden sollen, durchaus mit Unterstützung des SPD-Bundesjustizministers. Gegen all das helfen nur politische Strategien, die die gesellschaftlichen Defizite thematisieren und in diesem Sinne mobilisieren.

Die Gewerkschaft ver.di hat zusammen mit Organisationen der sozialen Bewegungen mit der Kampagne »umfairteilen« 2013 ein Beispiel dafür gegeben. Nach dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland haben die Vorstände der DGB-Gewerkschaften dazu aufgerufen, dem damaligen Hoffnungsträger der sozialen Gegenwehr in Europa eine Chance zu geben, und damit die europäische Dimension des Sozialabbaus ins Blickfeld gerückt. Mit der Flüchtlingsbewegung des Sommers 2015 erschienen Resolutionen wie die von uns beschriebene der Bremer Gewerkschaften vom 23.9.2015 (Arbeiterpolitik Nr. 5/6 2015). In der Mindestlohnfrage positionieren die Gewerkschaften sich eindeutig: keine Ausnahmen zuungunsten von MigrantInnen.

Wie aus solcher Kampagnenpolitik reale Bewegung werden kann, die für die Rechte von Menschen mit geringen Einkommen kämpft und die Rechtspopulisten von der

Straße drängt, ist jedoch offen. Gewerkschaftsvorstände haben aufgrund ihrer sozialpartnerschaftlichen und legalistischen Einstellung allenfalls kapitalismusverträgliche Möglichkeiten der Einflussnahme, der größte Teil der Basis folgt hierbei. Diese Illusion wird bereits im Namen der Kampagne »umfairteilen« deutlich. Es geht bei Verteilungsfragen im Kapitalismus ja nicht um »Fairness«, sondern um Ausbeutung. Die Lohnabhängigen können sich nicht auf faires Verhalten verlassen, sondern müssen um ihren Anteil kämpfen. Daher liegt es an linken Kräften in den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen, den Initiativen gegen Hartz IV und prekäre Arbeitsverhältnisse, für eine Sicherung und spürbare Erhöhung des Mindestlohns, für die Rechte einkommenschwacher Mieter usw., sich zu koordinieren und Druck aufzubauen, damit auch die großen Organisationen sich bewegen müssen. 7.1.2016 ■

Debatten um den Mindestlohn

Der 2014 beschlossene Mindestlohn ist wieder in der Diskussion. Grundsätzlich trat er in der Höhe von 8,50 Euro zum Jahresanfang 2015 in Kraft. Aber erst Anfang 2017 soll er bis dahin noch geltende Branchenmindestlöhne ersetzen, so dass er ab dann erst wirklich flächendeckend gilt. KritikerInnen aus den Reihen linker AktivistInnen aus Gewerkschaften, Initiativen der sozialen Bewegung, aus Parteien wie DKP und Die Linke (vgl. Arbeiterpolitik Nr./2014) bemängelten von Anfang an die viel zu geringe Höhe von 8,50 Euro und die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Zeitungsausträger, Erntehelfer und Praktikanten; gefordert werden stattdessen eine Höhe von 10,- Euro und die Streichung aller Ausnahmen. Einige Initiativen wie das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne kritisieren zudem, daß dieser geringe Betrag noch besteuert wird, obwohl er unter das Existenzminimum fällt. Insgesamt ist es jedoch seitdem recht still um den Mindestlohn geworden.

Dass die Debatte jetzt wieder im Raum steht, hat zwei Gründe. Der erste davon war vorhersehbar: Für Anfang 2017 soll der Mindestlohn erstmals erhöht werden soll. Eine Kommission aus Gewerkschaften und Unternehmerverbänden soll 2016 zusammentreten und unter Beachtung der gesamtтарiflichen Entwicklung über einen Erhöhungsbetrag befinden. Daher laufen die Diskussionen langsam an. Die Zuständigkeit auf Seiten des DGB-Bundesvorstandes fällt in das Ressort des früheren hessischen DGB-Vorsitzenden Stefan Körzell.

Der zweite Grund ist die Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Die Position der auf Unternehmenseite zuständigen Tariforganisation, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), ist von ihren Aussagen her nicht einfach zu entschlüsseln. So hat z. B. ihr Vorsitzender Ingo Kramer wiederholt erklärt, er sei zwar stets gegen den Mindestlohn an sich gewesen, aber nun, da er gesetzlich bestehe, dürfe es keine Ausnahmen für Flüchtlinge geben. Auf der anderen Seite drängt die BDA auf die Ausweitung und Verschärfung von Ausnahmeregelungen für Beschäftigte generell. Sie fordert z. B., dass die Zeit der Aussetzung des Mindestlohns für Langzeitarbeitslose und für Praktika, die der Berufsorientierung dienen, von sechs auf zwölf Monate ausgedehnt wird. Dazu soll eine weitere neuzuschaffende Gruppe gehören, nämlich Menschen mit »besonderen Vermittlungshemmnissen« (wozu schon ge-



zählt werden kann, wer keine »ausreichende« Ausbildung hat). Flüchtlinge sollten generell als Langzeiterwerbslose eingestuft werden, da sie ja bisher nicht ins deutsche Sozialsystem eingezahlt hätten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Den Makel einer rassistischen Selektion auf dem Arbeitsmarkt wäre die BDA damit los, die Wirkung wäre aber die gleiche: Arbeitskraft von Flüchtlingen zum Billigtarif.

Auf diese Position lassen sich auch der CDU-Wirtschaftsrat und unternehmernahe Wirtschaftsinstitute ein. Das Münchener ifo-Institut fordert ohnehin die gänzliche Rücknahme oder einschneidende Senkung des Mindestlohns. Wer davon nicht leben kann, solle eben Hartz-IV bekommen (was in vielen Fällen auch jetzt schon der Fall ist, je nach Höhe der Warmmiete).

Die bisherige Bilanz

Allen vorherigen Unkenrufen zum Trotz ist die Bilanz offiziell recht positiv. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind zwischen September 2014 und September 2015 bundesweit knapp 688.000 sozialversicherungspflichtige Stellen neu entstanden – ein Zuwachs um 2,2 % auf insgesamt 31, 35 Mio. Arbeitsplätze. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) um 128.300 gesunken – ein Rückgang von 1,7 %. Dem stehen keine größeren Einbrüche am Arbeitsmarkt gegenüber. Für 2016 rechnen Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das der BA untersteht, mit weiteren 550.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. DGB-Vorstandsmitglied Körzell

zufolge profitieren rund 3,6 Millionen Menschen von der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Der Mindestlohn komme laut Statistischem Bundesamt dort an, wo die Löhne vor seiner Einführung am niedrigsten gewesen seien: bei Ungelehrten, Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen und in Ostdeutschland.

Insgesamt gilt das auch für sogenannte Problembranchen. Im Gaststätten- und Hotelgewerbe sind nach Auskunft der NGG und des Unternehmerverbandes Dehoga 60.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hinzugekommen. In einer Umfrage des Dehoga-Verbandes bezeichneten 50 % der Gastronomen und 61 % der Hoteliers ihre wirtschaftliche Lage als gut. Neben dem guten Sommerwetter und dem boomenden Deutschlandtourismus soll dazu die Bereitschaft der Kunden beigetragen haben, durch Mindestlöhne bedingte Preiserhöhungen zu akzeptieren. Letzteres gilt auch im Friseur- sowie im Taxigewerbe. Viele Kommunen haben die Fahrtarife kräftig angehoben, um den Taxiunternehmen die Möglichkeit zu geben, die höheren Lohnkosten aufzufangen. Allerdings hat es hier Jobverluste gegeben, die überwiegend Teilzeitfahrer und Minijobber trafen, für die der Job ein Zubrot oder eine Möglichkeit zur Finanzierung des Studiums war. Auf dem flachen Land und generell nachts seien nach Auskunft des Deutschen Taxi- und Mietwagenverbands nun weniger Fahrzeuge unterwegs.

Im Bereich der Zeitungszusteller war es den Zeitungsverlagen gelungen, Ausnahmeregelungen im Mindestlohngesetz zu verankern. Demnach waren 2015 nur 6,38 Euro zu zahlen, 2016 sollen es 7,23 Euro sein. Dies galt und gilt aber nur in den Fällen, in denen die Zusteller ausschließlich Zeitungen zustellen. Werden aber auch Briefe oder Broschüren zugestellt, sind 8,50 Euro fällig. Letzteres sei die Regel, so der Verband Deutscher Zeitungsverleger. Außerdem lohne sich die Unterbezahlung kaum, denn zu diesen Löhnen stehe niemand um drei Uhr auf, um bei Wind und Wetter Zeitungen auszutragen. Deshalb seien 8,50 Euro überall die Regel, in großen Städten mehr. Nur bei den Erntehelfern in Saisonarbeit sieht es demnach anders aus: Nach Auskunft des Deutschen Bauernverbandes sei das Ernten von Spargel, Gurken usw. zu mindestens 8,50 Euro nicht rentabel, es sei denn, der Lebensmittelhandel setze entsprechende Preiserhöhungen an und die Kunden akzeptieren dies.

Auch wenn weiterhin darauf zu bestehen ist, dass der Mindestlohn zu gering ist und Ausnahmen nicht gelten dürfen, kann man andererseits nicht behaupten, es habe sich gar nichts bewegt. In einer Broschüre des DGB wird folgende Bilanz gezogen: *»Vor allem geringfügig Beschäftigte bekamen laut Statistischem Bundesamt deutlich mehr Lohn: Ihr Verdienst wuchs bundesweit im zweiten Quartal um 5,0 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Vollzeitbeschäftigten kletterten die Löhne um 3,2 Prozent. Die MinijobberInnen im Osten verdienten fast ein Viertel mehr im 2. Quartal 2015 verglichen mit dem Vorjahresquartal. Auch in den westdeutschen Bundesländern legten bei den Minijobs die Löhne überdurchschnittlich zu – um 3,8 Prozent. Dazu passen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom Oktober 2015: Sie belegen, dass die Zahl der 'AufstockerInnen' besonders in Ostdeutschland deutlich gesunken ist. In den neuen Bundesländern bezogen durchschnittlich 10,4 Prozent weniger ArbeitnehmerInnen, in den ersten fünf Monaten des Jahres, neben einem Einkommen zusätzlich Hartz-IV-Leistungen. In den alten Bundesländern ist die Zahl verglichen mit dem Vorjahr nur um 1,8 Prozent gesunken.«*

Wenn auch immer noch viele NiedriglöhnerInnen weiterhin mit Hartz IV aufstocken müssen (weil Mietkosten zu hoch sind und Familienangehörige mit zu versorgen sind),

um über die Runden zu kommen, so ist doch nunmehr festgelegt, dass im Niedrigstlohnbereich die Unternehmen sich nicht mehr so einfach aus der Verantwortung ziehen können. Sie müssen einen größeren Anteil am Lohnfonds als bisher wieder selbst übernehmen, Löhne bis 8,50 Euro auf jeden Fall selbst leisten und können dies nicht mehr wie bisher der Hartz-IV-Behörde aufhalsen, die den Druck an die Niedriglöhner selbst weitergibt. Freilich gilt auch dies nicht ohne Einschränkung.


Wieviel Beschäftigten in der Realität der Mindestlohn doch verweigert wird, ist eine naturgemäß nicht genau darstellbare Dunkelziffer. Unternehmer, in Einzelfällen auch staatliche, kommunale und sonstige nichtkapitalistische Arbeitgeber haben viele Möglichkeiten. Vor allem in Branchen, die überwiegend in kleine Betriebe oder isoliert arbeitende Beschäftigte zersplittert sind, wie Baugewerbe, Gaststätten, Güterverkehr, können sie auf Methoden der Einschüchterung, mangelndes Rechtsbewusstsein und geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad setzen. Im Gütertransport per Lkw gibt es viel Scheinselbständigkeit. Andere Tricks bestehen darin, zwar den Mindestlohn zu zahlen, aber die Arbeitskräfte über die vereinbarte Zeit hinaus oder für andere Tätigkeiten als vorgesehen zu beschäftigen. Auch die Ausnahmen vom Mindestlohn, besonders Langzeiterwerbslosigkeit und Praktikum, bieten hier Möglichkeiten, Lohnkosten niedrig zu halten. Nicht von ungefähr setzen die Unternehmerlobbyisten gerade in diesem Bereich mit ihren Forderungen nach nochmaliger Verschlechterung an.

DGB fordert die gesetzlich vorgeschriebene Erhöhung

Trotz dieser Schwächen in Höhe und Geltungsbereich begrüßt der DGB in seinen Publikationen den Mindestlohn als entscheidenden Durchbruch, als »gute Arbeit« eben. Selbstverständlich soll er auch für Flüchtlinge gelten, also keine weiteren Ausnahmen über die jetzt schon bestehenden und demnächst auslaufenden (Zeitungszusteller, Erntehelfer) zulassen. Natürlich ist der jetzt erreichte Mindestlohn eine wichtige Etappe im Kampf um existenzsichernde Löhne, um die Erhaltung und Festigung der Tarifautonomie, politisch gesehen um die Verbesserung der Kampfbedingungen der Gewerkschaften. Doch es ist nur eine Etappe, kein Durchbruch, der z. B. aus Hartz-IV-Abhängigkeit deutlich herausführt. Richtig wäre es also, wenn die Gewerkschaften offen thematisieren würden, dass der jetzige Status ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch längst nicht genug ist.

Die nächste Auseinandersetzung steht mit der Aushandlungsrunde zur im Gesetz vorgeschriebenen Anpassung, also erstmaligen Erhöhung zum Beginn des Jahres 2017 an. Bis zum 30. Juni 2016 spätestens muss ein Betrag gefunden sein (Mindestlohngesetz § 9), indem sich die allgemeine Tarifentwicklung der letzten zwei Jahre widerspiegeln soll. Dieser Vorschlag soll dann durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung – ohne Zustimmung des Bundesrates – in Kraft gesetzt werden. Ungewiss ist jedoch bisher, was zu tun ist, wenn sich beide Seiten, Unternehmer und Gewerkschaften, nicht auf eine gemeinsame Vorlage einigen können. In einer Tarifrunde gibt es dafür die Alternative Streik oder Annahme, hier jedoch ist nur das Verfahren in der Verhandlung (Mindestlohngesetz § 10) festgelegt. Derzeit gibt es zwar Pressemeldungen zum Thema und die Äußerungen der Spitzengremien, doch von einer wirklich breiten gewerkschaftlichen Debatte, die die Voraussetzungen zu einer Mobilisierung bieten könnte, ist noch nicht viel zu hören.

20.1.2016 ■



■ FOLGEN DER PROFITPRODUKTION:

Das Elend in Gestalt der »Wirtschaftsflüchtlinge« wird vor die Tür gewiesen

Seit Jahren wächst der Migrationsdruck in Richtung Europa; nur die Wanderrouen und die Zielländer haben sich verschoben. Kommen die Migranten seit langem aus Afrika, so jetzt in großer Zahl aus dem Nahen Osten und Vorderasien. Die »Willkommenskultur« breiter Bevölkerungsteile Deutschlands gegenüber den Flüchtlingen wird konfrontiert mit den Problemen, die sich aus der Anwesenheit von einer Million Flüchtlingen aus anderen Kulturen und aus der Unterversorgung der öffentlichen Einrichtungen ergeben.

Dabei ist der Migrationsstrom keineswegs beendet. Reicht bei den auftretenden Widersprüchen und der wachsenden Fremdenfeindlichkeit die noch verbreitete humane Haltung? Ist nicht eine kritische Sicht auf die Zusammenhänge zwischen den Verhältnissen in den afrikanischen Herkunftsländern und der Politik europäischer Staaten notwendig? In Sprechblasen der Politiker heißt es immer wieder, die Ursachen der Flüchtlingsströme müssten bekämpft werden. Doch wo liegen deren Ursachen? Es reicht nicht aus, sie in den Geschäften der Schlepper, den Bürgerkriegen, dem IS und gegenwärtigen mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnissen der Länder zu suchen. Schauen wir auf Nordwestafrika.

Was hat Europa mit der Flucht aus Afrika zu tun?

Die Ursachen der heutigen Migration reichen zurück bis in die koloniale Vergangenheit: Nach dem zweiten Weltkrieg war die Politik der nun alleinigen kapitalistischen Großmacht USA darauf ausgerichtet, dass die Kolonien »befreit« wurden. Das US-Kapital wollte offene Grenzen, um sich selbst zu bereichern. Mit ihrer Propaganda für neue unabhängige, demokratische Staaten erhielten die USA auch den Beifall von Liberalen, der Union und Sozialdemokraten.

Anfang der 1960er Jahre entließen die europäischen Kolonialherren ihre afrikanischen Kolonien in eine formale »Selbständigkeit« – mit schwachen Wirtschaftssystemen und von ihnen herangezogenen korrupten Eliten, die sich mit ebensolchen Militär- und Polizeiapparaten auf die alten Kolonialmächte und die USA stützen konnten. Ausgerichtet war die Wirtschaft dieser ehemaligen Kolonien auf die Bedürfnisse der ehemaligen Kolonialherren, nicht auf die der einheimischen Bevölkerung.

Die jahrzehntelange »Entwicklungshilfe« der Industriestaaten hat praktisch keine Arbeitsplätze für die Afrikaner geschaffen, weder in der Landwirtschaft noch in einem zu errichtenden industriellen Sektor. Eine zur Anhebung des Lebensstandards notwendige Industrialisierung der ehemaligen Kolonien hat nicht stattgefunden. Stattdessen führten gewährte Kredite zu verstärkter Anhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren und den USA. Die industriell führenden Staaten brauchen die wenig entwickelten Länder als Rohstoffquellen und Absatzmärkte, denn die im

Kapitalismus notwendigen wachsenden Gewinne erzielen die kapitalistischen Unternehmen nur noch im Export.

Bei der Globalisierung von Produktion und Handel sind die ehemaligen Kolonien auf dem Weltmarkt an den Rand gedrückt worden. Der Wert ihrer landwirtschaftlichen Produkte sank im Gegensatz zu den zu importierenden Industriewaren. So tragen die kapitalistischen Zentren jeder für sich und gleichzeitig gemeinschaftlich dazu bei, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verschlechtern.

Deutschland steht mit seinem Exportüberschuss in Industrie und Landwirtschaft an der Spitze der EU-Länder, also auch an der Spitze einer Politik, die das vollständige Öffnen der Märkte der Entwicklungsländer für EU-Landwirtschaftsprodukte fordert. Um die Jahrtausendwende hat der Industrialisierungsprozess der Landwirtschaft in Deutschland dazu geführt, dass innerhalb von zwanzig Jahren ein Sechzehntel der einst vorhandenen Betriebe dreimal so viel Hühnerfleisch produziert wie vorher – mit Lohndumping und Scheinselbständigen. So wuchs die Ausfuhr deutschen Hühnerfleisches von 2009 bis heute etwa auf das Siebenfache. Der Export von bei uns nicht verkäuflichen Hühnerteilen zerstört die Existenzen afrikanischer Landwirte.¹ Da treffen sich die Interessen der europäischen Kapitalisten mit denen der Kompradoren-Bourgeoisien²: Afrikanische Regierungen sichern sich mit dem Import billiger Nahrungsmittel die Ruhigstellung der städtischen Bevölkerung und so ihre eigene Machtstellung. Und der niedersächsische Landvolkpräsident fordert weiter: »Wir erwarten von der Regierung, dass sie uns Grenzen öffnet.« Denn in Deutschland sinkt die Binnennachfrage langsam aber beständig.

Ohne Schutzzölle können die Entwicklungsländer ihre eigene Landwirtschaft nicht stabilisieren und weiterentwickeln und schon gar nicht eine für sie notwendige Industrie aufbauen. Da die USA ihre Landwirtschaft subventioniert und die EU ihre Agrarindustrie mit Förderprogrammen unterstützt, sind die Produkte der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Die Industrieländer setzen mit ihrer hohen Produktivität die ärmeren Staaten unter Druck – gerade auf diesem Bereich, wo sie exportieren können. Heute sind breite Teile der westafrikanischen Bevölkerung ärmer als vor der formalen Selbständigkeit.

1 Angaben der Hilfsorganisation Brot für die Welt zufolge ist Westafrika am stärksten von den EU-Billigaufuhren betroffen. Die Bauern dort hätten Produktionskosten von etwa 1,80 Euro je Kilo. Europäisches Hähnchenfleisch aber koste nur die Hälfte. Gerade hat die EU ein Handelsabkommen mit Westafrika unterzeichnet – Brot für die Welt fürchtet, dass der Druck auf die Bauern nun noch mehr zunimmt. »Seit Jahresbeginn dürfen die Staaten (dort) nur noch einen Zoll von höchstens 35 Prozent erheben. Auch das reicht nicht, um die einheimische Geflügelproduktion zu erhalten«, erklärt die Organisation. (DIE ZEIT, 20.1.15)

2 Bürgerliche Klasse in den Ländern der Dritten Welt, die mit den Imperialisten verbunden ist.

Worin liegen die konkreten Ursachen für die massenhafte Fluchtbewegung?

Die einheimischen Kompradoren-Bourgeoisien bereichern sich selbst durch das, was von der Ausbeutung der afrikanischen Länder durch die kapitalistischen Unternehmen abfällt. Sie denken nicht daran, in Afrika eine eigene kapitalistische Produktion aufzubauen.

Es sind die jungen Sänger und Rapper Westafrikas, die den Protest der Afrikaner gegen die sozialen Verhältnisse artikulieren. Wenn sie über die Selbstbedienungsmentalität der Regierenden, die Ausbeutung und das Landgrabbing, über fehlende Gesundheitsversorgung und Bildung, gegen die Korruption in der Polizei und über den Strom junger Migranten nach Europa rappen, bringen sie der Masse der Bevölkerung die Probleme ins Bewusstsein. Konkret heißt es bei den Rappern, die sich nicht kaufen lassen: *Wir müssen uns erheben gegen die Ölunternehmen, die unser Öl nehmen und unser Land zerstören; gegen die Diamantenfirmen, die unsere Brüder als Sklaven einsetzen; gegen unsere afrikanischen Herrscher. Wir müssen in Afrika selbst Lebensmittel anbauen und unsere Kinder zur Schule schicken.* Einer korrupten Polizei ausgesetzt, ist das Leben der bei der Jugend beliebten Rapper stets gefährdet. Auf welchem Hintergrund entstehen diese Lieder?

Beim Schritt in die Unabhängigkeit, blieb ein Großteil der Rohstoffe und des fruchtbaren Landes im Besitz der Europäer. Tief im Boden verborgen liegen die Schätze Nordwestafrikas. Ein »Goldgürtel«, zieht sich von Senegal über Guinea, Ghana, Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria und Kamerun durch ganz Westafrika – angereichert mit verschiedensten Erzen, auch mit Uran und seltenen Erdmetallen (Seltene Erden). Doch der Abbau der Bodenschätze bringt der heimischen Bevölkerung kaum Arbeitsplätze.

Aus Afrika kommt ein Großteil der in Europa benötigten Baumwolle. Die Existenz von rund 16 Millionen Bauern hängt von ihrem Anbau ab. Eines der wichtigsten Anbaugelände liegt grenzüberschreitend in Mali, Burkina Faso und der Elfenbeinküste. Zwar ist Kinderarbeit weltweit verboten, doch hier müssen sie vielfach bis zu zwölf Stunden am Tag Baumwolle pflücken – für einen minimalen Lohn. Sogar in Schulen werden Kinder in angeworben. Gegen den subventionierten US-Baumwollexport sind die afrikanischen Kleinbauern jedoch nicht konkurrenzfähig.

»Uneigennütige Hilfe«

Aus Protokollen von UN-Sitzungen: »Wir müssen einsehen, auch wenn wir darüber nicht öffentlich sprechen können, dass wir starke Männer in Afrika brauchen, die auf unserer Seite sind. Es ist wichtig zu begreifen, dass weite Teile von Afrika schon bald unabhängig sein werden, und es wäre naiv von den USA zu hoffen, dass Afrika demokratisch sein wird. ... Weil es für uns wichtig ist, die starken Männer Afrikas auf unserer Seite zu haben, müssen wir vielleicht in bestimmten Fällen starke Männer des Militärs als Gegengewicht zur kommunistischen Entwicklung der Gewerkschaften aufbauen.« (Protokoll der Sitzung vom 14.01.1960, veröffentlicht in: Foreign Relations, 1958-60, Vol. XIV) Der verstorbene frühere US-Präsident Richard M. Nixon sprach eine bestechende politische Wahrheit aus, als er sagte: »Erinnern wir uns, dass der Hauptzweck der Hilfe nicht dazu dient, anderen Nationen zu helfen, sondern uns selbst.« (Graham Hancock, »Lords of Poverty«, New York 1989)

Die Produktion der traditionellen kleinen Textilbetriebe ist gekennzeichnet durch geringe Arbeitsproduktivität und gering qualifizierte Beschäftigte. Ihnen fehlen Investitionsmittel. Folglich ist die Konkurrenzfähigkeit gering. Dabei bietet das in der Region wachsende Rohmaterial Voraussetzungen für Arbeitsplätze, besonders auch für Frauen – auf allen Stufen der Textilproduktion.

Mit dem Bau einer kleinen industriellen Schokoladenproduktion in der Elfenbeinküste, einem im regionalen Vergleich wirtschaftlich starken Land, steht die französische Cémoi nahezu alleine da. Zwar liefert Westafrika rund 70 % der weltweiten Kakaoernte, aber vor Ort findet weniger als 1 % der Schokoladenproduktion statt. Die Veredelung landwirtschaftlicher Rohprodukte ist das Geschäft internationaler Konzerne.

In Westafrika müssen sich Bauerngemeinden mit der Enteignung der besten Böden, Landgrabbing, auseinandersetzen. Dabei gibt es nur in wenigen Regionen im Süden der Sahelzone genügend Feuchtigkeit. Afrika dient eben auch in diesem Sektor der Profitgewinnung global agierender Banken, Investmentfonds oder Agrobusinesskonzernen. Unterstützt von der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON wehren sich in Mali Dorfbewohner mit Protestaktionen. Durch das Abdrängen der Bauern in trockenere Gebiete führt das Landgrabbing in weiten Teilen der Sahelzone zu Überbeanspruchung der Nutzflächen. Unter dem zusätzlichen Einfluss des Klimawandels kommt es so zu regelmäßig wiederkehrenden Dürren und Hungersnöten. Katastrophen drohen da bei einer aufgrund mangelnder Geburtenkontrolle schnell wachsenden Bevölkerung. An der Küste Westafrikas kann die traditionelle Fischerei die junge Bevölkerung nicht mehr ernähren. Seitdem ausländische Fangflotten das Meer vor der westafrikanischen Küste leergefischt haben³ (»Partnerschaftsabkommen« mit der EU), lohnt es sich für die einheimischen Fischer der Küstenstaaten kaum noch hinauszufahren. Viele Arbeitsplätze sind dadurch weggefallen.

Kein Handelsabkommen mit kapitalistischen Zentren sieht Ausbildung und Arbeit für die Jugend oder das Schaffen von Voraussetzungen für eine Industrialisierung vor. Die Jugend ist folglich zu 50 Prozent arbeitslos, ohne Perspektive und Hoffnung. In Nordwestafrika – also auch im Magreb – setzen deshalb die armen Familien auf die ältesten Söhne, die in Europa Arbeit suchen und Geld nach Hause schicken sollen. Ohne Sprachkenntnisse, berufliche Ausbildung und ohne einen Arbeitsplatz stehen viele hier bei uns unter dem großen Druck ihrer Familien, nicht mit leeren Händen zurückzukommen. Millionen von Menschen hängen in ihrer Not von diesen Geldüberweisungen ab, an denen sich Geldinstitute mit erhöhten Gebühren auch noch bereichern. Wenn sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge in die EU kommen, so liegt also die Ursache dafür in der auf Profitmaximierung ausgerichteten Politik der EU, also auch Deutschlands.

Nicht nur auf ökonomischem Wege wird auf die afrikanischen Staaten eingewirkt. So wie Patrice Lumumba als erster Präsident des Kongo mit Hilfe des CIA ermordet wurde, damit kapitalistische Unternehmen weiterhin über das Kupfer der Provinz Katanga verfügen konnten, so wurde 1987 auch der sozialistische Präsident Burkina Fasos Thomas Sankara zusammen mit seinen Mitarbeitern umgebracht. Besonders für die junge Bevölkerung Westafrikas ist er noch heute eine Ikone. Sein Nachfolger, der in der jüngsten Protestwelle hinweggefegte Compaoré, hatte jegli-

3 Auch in anderen Bereichen, wie Namibia und Ostafrikas, werden die Küsten leergefischt. In Somalia hat das zur Verelendung der Bevölkerung beigetragen.

che Untersuchung des Mordes unterbunden. Noch 2015 hat der Präsident der französischen Nationalversammlung den Antrag einiger Abgeordneter auf Untersuchung des Falles Sankara abgelehnt. Sonst hätte Frankreich seine Archive zu diesem Fall öffnen müssen. Die französische Armee hat schon mehrmals in ihren ehemaligen Kolonien militärisch eingegriffen – immer mit dem Vorwand humanitärer Notwendigkeit. Doch Menschenrechtsorganisationen sehen in Frankreichs militärischem Eingreifen – wie z.Zt. gegen den IS in Mali – auch eine Sicherung des Uranabbaus des staatlichen Atomkonzerns Areva in Niger.

Seitdem Malis 2012 weggeputschter Präsident Amadou Toumani Touré begonnen hatte, die Explorationsrechte im Land zu verteilen, suchen überwiegend internationale Rohstoffunternehmen den Boden systematisch nach Rohstoffen ab⁴. Mit China ist 2014 ein Abkommen geschlossen worden, das gleichzeitig mit Erzabbau auch dem Aufbau der Infrastruktur und der Energiegewinnung – eine Voraussetzung für Industrieansiedlung im Lande – dienen soll. Der rückläufige Bedarf Chinas an Bodenschätzen und ihr sinkender Preis auf dem Weltmarkt bringen allerdings Entwicklungsländer in Schwierigkeiten.

Wie schon zu Kolonialzeiten basiert auch heute der Wohlstand von Wenigen auf der Verarmung von Massen: Als Rohstoffquellen und Absatzmärkte sind die Länder des globalen Südens unentbehrlich für wachsenden Profite in den industriell hochentwickelten Zentren. Ihr Profitinteresse steht dem Aufbau einer afrikanischen Industrie im Wege.

Freihandel und Hilfskredite der industriell hoch entwickelten Länder halten (nicht nur) afrikanische Staaten in fortgesetzte Abhängigkeit. Ihnen werden subventionierte westliche Konsumgüter aufgezwungen, was lokale Märkte zerstört.

Islamistischer Terror und Migration in die EU sind gleichsam Produkt des Eingreifens kapitalistischer Staaten in diese wenig entwickelten Regionen: Auf der Flucht vor Verfolgung und unmenschlichen Zuständen sind diese Massen nun auf der Flucht in die »Wohlstandswelt«. Sie sehen nur noch eine Perspektive: In Europa arbeiten oder bei der Flucht im Mittelmeer ertrinken.

Schmiergelder für gefügige afrikanische Regierungen

Was die Regierungen der EU-Staaten unter Bekämpfung der Fluchtursachen verstehen, hat sich z. B. beim Valetta-Abkommen gezeigt. Die Hilfsorganisation Oxfam prangert die Politik der EU an: »Mit dem Valetta-Abkommen, von der Bundesregierung als Mittel zur Bekämpfung der Ursachen der Flüchtlingsbewegung dargestellt, sollen diejenigen Regierungen geschmiert werden, die Schleuseraktivitäten eindämmen, illegale Migranten identifizieren und die Rückführung abgelehnter Flüchtlinge unterstützen.« Während die EU dafür 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung stellen will, entgehen dem Kontinent Afrika jährlich etwa 50 Milliarden Euro durch Steuervermeidungsgeschäfte europäischer Konzerne.

Die Afrikaner wehren sich dagegen, zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen zu unterscheiden. In Afrika leben schon 15 Millionen Flüchtlinge in Nachbarländern. Warum sollten diese Länder unter den gegebenen Umständen in Europa abgelehnte Flüchtlinge aufnehmen? Nicht

⁴ Im Norden des Landes hält das italienische Ölunternehmen Eni z. B. Rechte, ebenso wie der internationale Rohstoffkonzern Glencore und die großen internationalen Schürfkonzerne Randgold Resources oder Anglo American Mansa Musa.

wenige afrikanische Diktatoren wissen, dass diese Flüchtlinge bei der Rückkehr sowieso nur ihren Sturz anstreben würden, weil sie aufgrund hoher Arbeitslosigkeit im Lande keine Perspektive haben. Für sie ist die Flucht junger Menschen ein Ventil. Das gilt auch für Algerien und Marokko. Der Reichtum Algeriens, der durch die Gas- und Erdöllieferungen nach Europa erzielt wird, versickert in den Taschen der Oberschicht, die Proteste gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption niederknüppeln lässt.

Welche Perspektive?

Durch die Globalisierung wirken die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise in der 3. Welt durch die Migrationsströme auf die kapitalistischen Zentren zurück.

Das Elend der anwachsenden Bevölkerungen der afrikanischen Staaten ist nicht alternativlos. Durch eine »Festung Europäische Union« ist es nicht zu überwinden. Wie viel Menschenverachtung liegt doch darin, Menschen, deren Not durch die Profitproduktion verursacht worden ist, an den Grenzen zurückzuweisen.

Nur mit der Perspektive auf Arbeitsplätze kann dem IS der soziale Boden für seine Einflussnahme entzogen, den Menschen Hoffnung gegeben und die Ursache der Migration beseitigt werden. Bleiben die ehemaligen Kolonien reine Rohstoffquellen und Absatzmärkte für die kapitalistischen Zentren und ihre multinationalen Konzerne, so ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Ein Widerspruch im Kapitalismus wird deutlich: Die afrikanischen Staaten können auf diese Weise keine wachsenden Absatzmärkte für die Industrieproduktion des »Westens« werden. Doch das Wachstum ist schließlich notwendig für den Kapitalismus.

Die einheimischen Kompradoren-Bourgeoisien haben keine kapitalistischen Strukturen aufgebaut, die evt. zur Entstehung einer lokalen kapitalistischen Bevölkerungsstruktur (einschließlich einer entstehenden Arbeiterklasse) führen könnte. Bringt eine Industrialisierung auch durch die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft neue soziale Probleme nach Afrika – die Produktivitätssteigerung ist Voraussetzung für die Anhebung des Lebensstandards. Und nur wenn die Bedürfnisse aller befriedigt werden können, sind die historischen Voraussetzungen für die Überwindung der Klassenspaltung gegeben. 7.1.2016 ■

Theo Bergmann zum 100. Geburtstag

Am 7. März dieses Jahres wird Theo Bergmann Einhundert Jahre alt. Er ist der wahrscheinlich letzte Überlebende, der die wechselvolle Geschichte der Kommunistischen Partei (Opposition) und der Gruppe Arbeiterpolitik selbst erlebt und erlitten hat. Wir gratulieren ihm an dieser Stelle herzlich zum 100. Geburtstag und wünschen ihm Glück und Gesundheit.

Theo sah und sieht es als seine Aufgabe an, sein Wissen und seine Erfahrungen an die jüngeren Generationen in Deutschland weiter zu geben. Unseren Lesern ist bekannt, dass wir Theos Auffassungen zu China und zum zionistischen Staat Israel nicht teilen. Wir haben uns deshalb in der Vergangenheit kritisch mit ihm auseinandergesetzt, siehe auch »Zionistische Ideologie im »internationalistischen« Mäntelchen, in der »Arbeiterpolitik« Nr. 3/2012.

Der folgende Text ist die Übersetzung einer Würdigung eines englischen Freundes und Genossen von Theo, die dieser für die »Arbeiterstimme« verfasst hat und der wir für die Abdruckerlaubnis danken. Red. ■

Theodor Bergmann: Kampfeslustig noch mit 100

Am 7. März wird Theo Bergmann oder Tedd, wie ihn seine Freunde und Genossen nennen, hundert Jahre alt und seine politischen Freunde in vielen Ländern, wir eingeschlossen, werden mit ihm feiern. Für alle, die mit seinem Leben und Wirken nicht vertraut sind, wollen wir hier seinen Weg skizzieren und beziehen uns dabei auf seine Autobiographie »Im Jahrhundert der Katastrophen« (Hamburg 2000) und auf sein Buch »Weggefährten« (Hamburg 2010), in dem er Menschen versammelt, die ihm wichtig waren.

Am 7. März 1916 in Berlin geboren, war er der jüngste von sechs Söhnen und zwei Töchtern des Rabbiners Dr. Julius Bergmann und seiner Ehefrau Hedwig. Im Alter von elf Jahren schloss sich Tedd dem Jungspartakusbund und dem Sozialistischen Schülerbund an. Zwei Jahre später, 1929, wurde er gemeinsam mit seinem Bruder Josef (Pepp) vom Mommsen-Gymnasium ausgeschlossen, weil sie zu einer Schülerdemonstration aufgerufen hatten. Das erwies sich schließlich als Glücksfall, weil sie auf das fortschrittliche Köllnische Gymnasium wechselten und ihr Abitur dort früher machen konnten. Als dann die SA bei ihnen zu Hause auftauchte, entschieden die Eltern, dass Tedd sofort verschwinden sollte.



An seinem 17. Geburtstag verließ Tedd Berlin mit dem Zug und bestieg in Marseille ein Schiff nach Palästina. Schon bald nach der Ankunft in Jaffa fand er sich im Steinbruch wieder, wo er für den Aufbau des Kibbutz Gevaschuffete. Als dann sein Bruder Felix in Rehovot ankam, folgte ihm Tedd und fand Arbeit in der Landwirtschaft. Schließlich traf Bruder Ernst ein, um das Weizmann-Institut für Wissenschaften mit aufzubauen, und Tedd packte wieder mit an.

Tedd fühlte sich von den europäischen Entwicklungen isoliert. Er hoffte auf den Sturz Hitlers durch die deutsche Bevölkerung. 1936 reiste er in die Tschechoslowakei, um dort ein Landwirtschaftsstudium aufzunehmen und sich am Kampf gegen die Nazis zu beteiligen. In Prag gab es einige KP(O)-Genossen. Zusammen mit seinen Brüdern Alfred und Josef hatte sich Tedd der Ende 1928 gegründeten Kommunistischen Opposition angeschlossen. Sie trafen sich an den Wochenenden, Genossen aus dem Reich kamen hinzu, und sie diskutierten gemeinsam die dramatischen Entwicklungen in Europa. Propagandamaterial wurde verfasst, um ins Reich geschmuggelt zu werden. Alfred war dann in Basel aktiv, Josef im Saarland und später bis November 1938 im Reichsgebiet, um anschließend nach

Schweden zu emigrieren. Alfred wurde von der Schweiz 1940 an die Nazis ausgeliefert, die ihn ohne Gerichtsverfahren ermordeten.

Nachdem die britische und die französische Regierung im Geiste der »Appeasement«-Politik die tschechische Regierung gezwungen hatten, das Sudetenland an das Deutsche Reich abzutreten, in der Hoffnung, Hitlers Interessen würden sich auf den Osten richten, wurde es Tedd klar, dass er auch in der Rest-Tschechoslowakei keine Sicherheit mehr finden würde. So packte er seine Sachen und erreichte nach mehreren vergeblichen Versuchen Schweden. Dort fand er bei einem Bauern nördlich von Stockholm Arbeit, half in der Milchwirtschaft und konnte sich an den freien Wochenenden mit KPO-Genossen und anderen linken Exilanten aus Deutschland treffen. Schließlich gelang es auch, Kontakte zu Brandler und Thalheimer in ihrem kubanischen Exil zu knüpfen. Damit waren gemeinsame Diskussionen über die Weltereignisse möglich, auch sandten sie geringe Beträge, die sie gesammelt hatten, nach Kuba, um die schwierige Existenz der beiden ein wenig zu erleichtern.

Erst April 1946 wurde Tedd, Josef und 28 anderen sozialistischen Exilanten erlaubt, in die britische Besatzungszone zurückzukehren. Bei ihrer Landung im Lübecker Hafen wurde Josef von der britischen Besatzungsmacht für ein halbes Jahr im ehemaligen KZ Neuengamme – zusammen mit hunderten Nazis – interniert, weil er als »Komintern-Agent« denunziert worden war. In dieser Zeit bereiste der dänische KPO-Genosse Mogens Boserup Deutschland mit dem Ziel, überlebende KPO-Genossen ausfindig zu machen, die bereit sein würden, die Organisation wieder aufzubauen. Tedd bereiste in derselben Absicht die sowjetische Besatzungszone (SBZ). Dort hatten einige Genossen im Widerstand oder in KZs wichtige Positionen erreicht. Thalheimers Broschüren »Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg« und »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg« aus den Jahren 1945 und 1946 formulierten eine gemeinsame politische Grundlage für die überlebenden Kader.

Gerade einmal etwa dreißig dieser Genossen versammelten sich im Sommer 1947 auf einer Konferenz in Rieseberg bei Braunschweig und gründeten dort die Gruppe Arbeiterpolitik. 1949 kehrten Waldemar Bolze und Heinrich Brandler aus dem Exil nach Deutschland zurück und gründeten zusammen mit Tedd und seinem Bruder Josef die Zeitung Arbeiterpolitik. August Thalheimer war am 19. September 1948 in Havanna gestorben, ein schmerzhafter Verlust für die Gruppe, die mit ihm ihren wichtigsten Theoretiker verlor.

Im Jahr 1952 schied Tedd wegen politischer Differenzen aus der Redaktion der »Arbeiterpolitik« (Arpo) aus. Politische Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe spiegelten sich in der Redaktion der Zeitung. Für einige Jahre wurde sie eingestellt; wieder belebt (seit 1965; d. Red.), erscheint sie bis zum heutigen Tage, wobei Pepp bis zu seinem Tod im Jahr 2005 eine Schlüsselrolle einnahm. Tedd nahm sein Agrarstudium wieder auf und unternahm weltweit Forschungsreisen. 1970/71 verbrachte er ein Jahr in Australien, wo er Vorlesungen hielt. 1965 waren er und seine Lebensgefährtin Gretel nach Stuttgart zurück gezogen, 1973 erhielt er einen Lehrstuhl für Internationale Vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim und wurde 1981 emeritiert.

Im Laufe der Jahre hat Tedd eine Vielzahl von Büchern, Essays und Artikeln verfasst, weitere Schriften hat er herausgegeben oder übersetzt. Eine bis ins Jahr 1996 reichende Bibliographie seiner Werke erschien in der Festschrift zu seinem 80. Geburtstag »Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert« (Hamburg 1996). An dieser Stelle können wir nur auf einige Bücher verweisen, von denen wir glauben, dass sie für das Verständnis unserer politischen Tradition unerlässlich sind. Weitere Schriften finden sich im Publikationsverzeichnis des Hamburger VSA-Verlags.

»50 Jahre KPD (Opposition)«, Hannover 1978; »Gegen den Strom: Die Geschichte der KPD (Opposition)«, Hamburg 1987, überarbeitet und ergänzt bei edition 2001 (inklusive 167 Seiten mit Kurzbiographien); »Die Geschwister Thalheimer« (zusammen mit Wolfgang Haible), Mainz 1993; »Programmatische Fragen. Kritik des Programmentwurfs der K. I.«, Vorwort von Theodor Bergmann, Einleitung von Jens Becker, Mainz 1993 (erstmalige Veröffentlichung dieses wichtigen Textes von August Thalheimer aus dem Jahr 1928); »Das Erste Tribunal. Das Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek« (Hrg. zusammen mit Jens Becker und Alexander Watlin), Mainz 1993 (drei bisher unbekannte Dokumente).

Zur Erinnerung an den hundertsten Jahrestag des Todes von August Thalheimer, organisierte Tedd Veranstaltungen sowohl an seinem Geburtsort in Affaltrach-Obersulm und in Stuttgart. 1988 fand in Wuppertal ein internationales Bucharin-Symposium statt. Die Beiträge dazu sind in »Liebling der Partei« (Hrg. zusammen mit Gert Schäfer), Hamburg 1989, zu finden. Ebenfalls in Wuppertal fand 1990 ein internationales Trotzki-Symposium statt. Die meisten der Beiträge sind publiziert in »Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft« (Hrg. zusammen mit Gert Schäfer), Mainz 1993. Zum Gedenken an den hundertsten Todestag von Friedrich Engels fand 1995 ein Symposium in Wuppertal zu seinen theoretischen Arbeiten statt. Beiträge dazu in »Zwischen Utopie und Kritik« (Hrg. mit Mario Kessler, Joost Kircz und Gert Schäfer), Hamburg 1996. Viele Jahre lang war Tedd eingebunden in Konferenzen der Internationalen Rosa Luxemburg-Gesellschaft, die

in vielen Ländern stattfanden. Die meisten Beiträge zu diesen Konferenzen wurden vom Berliner Karl Dietz Verlag veröffentlicht.

Gemeinsam mit Wolfgang Haible und Galina Iwanova verfasste Tedd eine Biographie Friedrich Westermeyers (Hamburg 1998), der führenden Persönlichkeit unter den revolutionären Kräften innerhalb der württembergischen SPD und Mitbegründer der Spartacus-Gruppe, der November 1917 als Soldat an einer Infektion verstarb. »Die Thalheimers« (Hamburg 2004) stellt die Geschichte der Familie umfassender dar, als das etwa zehn Jahre zurückliegende Buch. Der Festschrift zu Tedds 90. Geburtstag »Dann fangen wir von vorne an« (Hrg. Helmut Arnold und Gert Schäfer) liegt eine DVD (80 Min.) mit dem gleichnamigen Dokumentarfilm über sein Leben bei.

Seit seinen Schultagen blieb Tedd innerhalb der Linken politisch aktiv. Nach deren »Vereinigung« trat er der PDS bei und ist heute noch in der Nachfolgepartei Die Linke aktiv. Er nimmt teil an Demonstrationen, sei es gegen Kriege, unsoziale Regierungspolitik oder Rassismus und Faschismus. Für diese Haltung erweisen wir ihm Respekt. Wie auch andere seiner Genossen teilen wir Tedds optimistische Wahrnehmung der Entwicklungen in China nicht. Manche sehen das Land auf dem Weg zum Kapitalismus, andere sehen es bereits dort angekommen. Auch differieren wir im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Tedd unterstützt zwar das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, aber nicht ihren Kampf gegen die israelische Politik, die einen solchen Staat verhindern will und brutale Massaker wie im Libanon und Gaza. Tedd stellt sich sogar gegen die Versuche, die Blockade Gazas durch Konvois zu Lande und zu Wasser zu durchbrechen, die nicht nur von der politischen Linken, sondern selbst von liberalen Menschenrechtlern unterstützt werden. Als Kommunist kann man sich nicht neutral geben, wenn es um Unterdrücker und Unterdrückte geht.

Dies musste gesagt werden. Aber wir wollen Tedd auch zu seinem Geburtstag gratulieren, sein jahrzehntelanges Schaffen würdigen. Und wir wünschen ihm, dass seine eigenen Wünsche in Erfüllung gehen. ■

Unser Genosse Hans Berg ist gestorben 19. 12. 1919 – 18. 2. 2016

Hans Berg hat im Hamburger Hafen Elektromaschinenbauer gelernt und diesen Beruf bis zu seiner Rente bei Fa. Jungheinrich 1983 ausgeübt. Mit Kriegsbeginn wurde er eingezogen, an der Ostfront wehrunfähig verletzt und brachte seine Wahrheit aus dem Krieg mit, die er allen Beschwichtigern und Verharmlosern entgegenhielt: Wer im Krieg Soldat war, hat gewusst, welche Verbrechen von der Wehrmacht begangen wurden.

Als nach 1945 die Diskussionen um die Frage Einheitsgewerkschaft oder Bündnis von Berufsgewerkschaften unter den Arbeitern Hamburgs geführt wurden, lernte er auch einige Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik kennen. Ihnen schloss er sich an, nahm an den Schulungsabenden mit Heinrich Brandler teil, war bei den Freizeitaktivitäten der Gruppe als eifriger Fotograf dabei. Hans half mit seinem fachlichen Wissen anderen Genossen, die z.B. zur Unterstützung der Arbeiter Nicaraguas gebrauchte Maschinen überholten, funktionsfähig machten und nach Nicaragua verschifften. Er war dabei ein sehr ruhiger, sehr zuverlässiger Kollege. Wenn er aber was sagte, dann war seine Meinung vom Klassenstandpunkt geprägt. Seit einigen Jahren hat Hans an unseren Diskussionen und Aktivitäten nicht mehr teilgenommen, u.a. weil der Weg vom Stadtrand in die Stadt zum Treffpunkt ihn gesundheitlich überforderte. Dennoch hat Hans die gesellschaftliche Entwicklung, zuletzt das Ankommen der Flüchtlinge, verfolgt. ■

